5. Jahrg. Nr. 193

Einzelpreis 50 000 M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer" und den wöchentlich bezw. 14tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne" „Die Rote Sichel", „Der Jungprolet", „Die Genossin"

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 20 000.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5000 Mk. Schlüsselzahl für Sammelinserate: 3000. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 75 000 Mk.

Montag, den 20. August 1923

Bezugspreis: Durch Austräger 170 000 Mk. pro Woche. Durch die Post 20 000 Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat August. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 31050. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8937.

Betriebsstillegung als Angriffswaffe des Kapitals

Her mit der Arbeiterkontrolle der Betriebe!

Das Kapital wendet eine neue Waffe gegen **die Arbeiterschaft** an: **die Produktionssabotage.**

Vorangegangen sind die **mitteldeutschen und sächsischen Buchdruckereibesitzer.** Die Zeitungsverleger Mitteldeutschlands erklärten, den Tarifwochenlohn von 36 Millionen Mark an der Spitze für unerfüllbar, **kündigten allen** Buchdruckergehilfen und **schlossen die Betriebe.**

Aus dem gleichen Grunde kündigten die **sächsischen** Zeitungsverleger das gesamte technische Personal.

Ebenso erklärt der Verein **Berliner Buchdruckereibesitzer,** die Arbeitszeit werde verkürzt und droht ferner mit der Schließung der Betriebe.

Die mitteldeutsche Bauindustrie hat zwar einen Stundenlohn von 500 000 Mark bewilligt, ihren Betrieb aber **eingeschränkt** unter dem Vorwande, nicht die Mittel für die Lohnzahlungen aufbringen zu können.

Ferner hat ein großer schwerindustrieller **Konzern,** die **Phönix-A.-G.** für Bergbau- und Hüttenbetriebe, Abt. Düsseldorfer Rohr- und Eisenwalzwerke, ihre **Werk geschlossen** und ihre sämtlichen Arbeiter ohne Kündigungsfrist entlassen.

In Berlin hat die Verkehrsdeputation beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, die **Berliner Straßenbahn** nach Ablauf einer vierzehntägigen Kündigungsfrist für das Personal **stillzulegen.**

Auch in Schlesien wird das Kapital bald in größerem Umfange mit ähnlichen Gewaltkuren vorgehen.

Schon hat die große Textilfirma Fränkel (Neustadt OS.) angekündigt, daß die Meister und Lehrlinge entlassen werden sollen.

*

Die Produktionssabotage ist sozusagen die schwere Artillerie des Kapitalsangriffs. Die Unternehmer machen einfach die Bude dicht.

„Mancher Unternehmer, so erläutert das Herr Felix Pinner im „Berliner Tageblatt" überlegt es sich wohl heute schon, ob es für ihn nicht „rentabler" ist, seinen Betrieb stillzulegen und mit seinen Waren- und Devisenvorräten die Periode der starken Steuerbeanspruchungen zu überdauern. Ganz besonders die Konstruktion der Betriebsabgabe, die bekanntlich in doppelter Höhe der von den Unternehmungen entrichteten Lohnabzüge gezahlt werden muß, legt derartige Verlockungen nahe, denn je geringer die Zahl der im Betriebe Beschäftigten ist, um so mehr nimmt auch der Umfang der zu zahlenden Betriebssteuer ab."

Die oben angeführten Betriebsstillegungen sind sicher nur ein kleiner Anfang des schweren Artilleriefeuers. Die Großagrarier werden auf ihre Weise folgen.

Das ist aber nicht nur radikale Sabotage der Steuern und Löhne: **das Kapital will die Arbeiterklasse mürbe machen, aushungern, auf die Knie zwingen.** Das ist die kühle Absicht der großen Industriekapitäne, die diesen Artillerieangriff leiten. Manchem kleinen oder mittleren Kapitalisten geht jedoch tatsächlich die Puste aus. Die Großen hoffen, sie bei dieser Gelegenheit zu verschlingen.

Das deutsche Kapital ist also da angelangt, wo das russische im Herbst 1917, wo auch massenhaft die Fabriken zugemacht wurden, um die Arbeiterschaft in die Unterwerfung zu zwingen. Hand in Hand damit ging die Vorbereitung des Kornilow-Putsches. Und in Deutschland, 1923, gehen Hand in Hand damit die fieberhaften Vorbereitungen der Konterrevolution, mit Ludendorff an der Spitze, geduldet und gefördert von allen bürgerlichen Parteien. Gleichzeitig die neue Ausgabe gegen die Arbeiterklasse.

Kapitalistischer Terror in der brutalsten Form! Die Arbeiterschaft kann sich dem nicht beugen. Die Hilferding und Raumer werden ihr nicht helfen. Sie muß sich selber helfen.

Die Betriebe sind für die Produktion da, nicht für Steuer- und Lohnsabotage.

Die Kampflosung der Arbeiterklasse ist klar:

Wiedereröffnung der Betriebe!

Arbeiterkontrolle der Betriebe!

Gewaltige Kohlenpreissteigerung

Die Gas- und Elektrizitätswerke vor der Stillegung

Berlin, 20. August.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat gestern an sämtliche in Betracht kommende Reichsministerien Telegramme gerichtet, um, wenn möglich noch in letzter Stunde, das Weitersteigen der **Kohlenpreise** zu verhindern. In den gleichlautenden Telegrammen wird darauf hingewiesen, daß von Montag ab die englische Kohle 35 Millionen Mark kostet während der **Preis der deutschen Kohle auf 85 Millionen Mark gestiegen** ist. Die gesamte Wirtschaft insbesondere Gas, Elektrizität und Verkehrsunternehmen befinden sich in den größten Schwierigkeiten, da die Preise für die Bevölkerung bis zur Unerträglichkeit gestiegen sind. Weitere Erhöhungen der Löhne und Gehälter müßten unausbleibliche Folgen zeitigen. Es wird um sofortige Eingriffe gegen die neue Steigerung der Kohlenpreise gebeten, die die Wirtschaft zerrüttet, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie den Verkehr und das ganze Wirtschaftsleben gefährde.

*

Folgende prozentuale Zuschläge kommen zu den in der Bekanntmachung vom 10. August im „Deutschen Reichsanzeiger" Nr. 186 veröffentlichten Brennstoffverkaufspreisen, die vom 20. d. Mts. ab gelten: Rheinisch-westfälisches Kohlensyndikat 63,3 Proz., Steinkohlensyndikat 63,3 Prozent; Niedersächsisches Kohlensyndikat Ibbenbühren 56,8 Proz., Sächsisches Steinkohlensyndikat 56,6 Proz.; Niederschlesisches Steinkohlensyndikat 57,4 Proz.; Oberschlesisches Steinkohlensyndikat 55,5 Proz.; Mitteldeutsches und ostelbisches Braunkohlensyndikat 62,5 Proz.; Rheinisches Braunkohlensyndikat 62,5 Proz. Die sich hieraus ergebenden Preise liegen weit über dem Weltmarktpreis.

Sollmann schützt den Geldsack

Herr Stinnes ist eine wirtschaftliche Potenz. Mit Stinnes kann man ein Stück Wegs zusammen gehen.
Severing.

Herr Severing bekundete vor allem Volke, daß Herr Stinnes ein Mann und Politiker sei, mit dem die Sozialdemokratie zusammenmarschiere. Das Zusammenmarschieren ist Herrn Stinnes glänzend bekommen, dem Proletariat verursacht es Hungersnöte. Opfer fallen unerhört. Ueber die von den Severings gestützte Politik bemerkt das Koalitionsorgan (Germania (Nr. 224) in einer Polemik gegen Stinnes' „Deutsche Allgemeine Zeitung":

„Von Stinnes stammt das Wort, daß diejenige Partei im Ruhrkampf siegen werde, die die stärksten Nerven besitze. Auf die Praxis angewandt, meinte er, daß es **nicht darauf ankäme, ob die deutsche Mark ihren Wert verliere oder nicht.** Die Ergebnisse der Reichstagsuntersuchung über den Devisenhandel im März haben der Oeffentlichkeit gezeigt, daß Stinnes diesen Grundsatz konsequent **nicht gerade zu seiner wirtschaftlichen Verarmung angewandt hat.** Es gibt keinen Unternehmer in Deutschland, dem die Zeiten der Deflation besser bekommen wären, als Stinnes, was die fortwährenden Neugründungen zur Genüge zeigen. Deshalb sollte nicht mit Steinen werfen, wer selber im Glashause sitzt."

Herr Sollmann sorgt dafür, daß das Zusammenmarschieren mit Stinnes nicht gestört wird — darum verbot man die Arbeiterorganisationen, darum Knebelung der KPD.-Presse, darum Kommunistenhetze.

Herr Stinnes darf mit seinen neuen jungen und alten Leuten in der Regierung zufrieden sein. Kein Kettenhund wacht sorgsamer über die Stinnesordnung in der Republik.

Sabotage der Milchversorgung

Breslau, 19. August.

Seitdem der Milchpreis von 50 000 auf 45 000 Mark herabgesetzt ist, sabotieren die großagrarischen Lieferanten die Milchversorgung. Diese ist in den letzten Tagen um 50 Prozent zurückgegangen; am Sonnabend gab es in den Vorstädten nicht einmal Milch für die Kinder.

Die frühere Ausrede der Milchproduzenten, daß die Milchknappheit eine Folge des Verbutterns der Milch ist, glaubt nicht einmal mehr der Oberpräsident der Provinz Schlesien. Er droht den Lieferanten bei weiterem Ausbleiben der Milch Zwangsmaßnahmen an.

Wir fordern, daß es nicht bei Ankündigungen bleibt, sondern sofort mit Zwangsmaßnahmen gegen gegen die Saboteure und Mörder der Säuglinge begonnen wird. Ferner muß sofort die Belieferung der Konditoreien und Kaffees mit Milch untersagt und jedes Verwenden der Milch zu Konditorelzwecken aufs strengste bestraft werden. Ferner muß die Ueberwachung der Milchverteilung in die Hände eines Kontrollausschusses gelegt werden.

Die Ernährungsminister-„Tagung" in Berlin. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft traten die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder zu einer Konferenz zusammen, um über die Lebensmittelversorgung Maßnahmen zu treffen. Es wurde viel von Schwierigkeiten erzählt. Wie Abhilfe geschafft werden soll, wurde nicht gesagt. Die Markenbrotversorgung soll bis zum 15. Oktober verlängert werden.

Neue Hitlergarden. Während Versammlungen und Umzüge der Arbeiter in Bayern fortwährend unter Berufung auf die Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verboten werden, konnten die Hitlergarden am Sonntag wieder in zahlreichen Städten und Landgemeinden in Bayern ihre Paraden abhalten. Irgend ein Verbot dieser umstürzlerischen Massenkundgebungen ist bisher nicht bekannt geworden.

Bei Felddienstübung festgenommene Faszisten. In einem Ort der Umgebung von Remscheid veranstalteten die Faszisten eine Felddienstübung. Sie kontrollierten Passanten und bewegten sich so auffällig, daß sie entdeckt wurden. Arbeiter griffen ein. Unter Verlust eines Toten wurden die Faszisten festgenommen und der Polizei übergeben. Die Waffen wurden beschlagnahmt.

Eine russische Drohnote an Bulgarien. Die russische Sowjetregierung hat an die bulgarische Regierung einen drahtlosen Protest mit ultimativem Charakter gegen die Ermordung, Verhaftung und Mißhandlung von Sowjetvertretern in Bulgarien gerichtet, fordert die strengste Bestrafung der dafür verantwortlichen Behörden und droht mit Gegenmaßnahmen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Franzosen und deutsche Ordnungsorgane terrorisieren die Arbeiter

Im Ruhrgebiet verbieten die Franzosen kommunistische Versammlungen, darunter auch reine Parteiveranstaltungen. Im Kölner Bezirk gehen die Engländer mit ähnlichen Maßnahmen vor. Heute wurden in den Bezirken **Wiesdorf-Leverkusen, Benrath, Hilden** sämtliche Versammlungen von den Engländern untersagt.

In der belgischen Zone, besonders in der **Aachener** Gegend, ist die Unterdrückung noch schlimmer. Unter dem Schutze dieser Maßnahmen organisiert die Bourgeoisie, sowohl die Unternehmer als auch ihre Behörden, zur Gegenoffensive gegen die Arbeiterschaft. Die Kampagne wird begleitet mit einem niederträchtigen Verleumdungsfeldzug gegen die KPD.

Im **Ruhrgebiet** ist die Zahl der in passiver Resistenz stehenden Belegschaften, weil Teilerfolge erreicht wurden, zurückgegangen. Zusammenstöße zu provozieren ist, mit Ausnahme von Datteln bei Recklingshausen, nicht gelungen.

Im Bezirk **Rheinland-Westfalen-Süd** ist es nur in Wiesdorf zu schweren Kämpfen gekommen, die von den berüchtigten Scharfmachern der Farbwerke provoziert worden sind. Aussperrungen in größerem Umfang sind außer in Wiesdorf nur in Düsseldorf zu verzeichnen.

Die Phönix-Werke mit mehreren Tausend Arbeitern und das Brech- und Walzwerk im **Thyssen-Konzern** mit 1400 Mann liegen auf der Straße.

Im Bezirk **Mittelrhein** zeigt sich der Ablösungsprozeß der VSPD., besonders in Köln. Der bekannte Sozialdemokrat Dr. Stein ist mit einigen einflußreichen Betriebs-Funktionären zur KPD. übergetreten.

Im **linksrheinischen Gebiet,** wo der kommunistische Einfluß noch schwach ist, sind in diesen Orten Provokationen geglückt. Unerhörte Blutopfer hat der Polizeiterror in **Aachen, Alsdorf und Crefeld** gefordert. Plünderungen waren zum Anlaß genommen, um die Kommunisten, die sich den Plünderungen mit aller Kraft entgegengesetzt hatten, zu verfolgen und zu isolieren. In Alsdorf sind sämtliche, in Aachen, in München-Gladbach und Crefeld viele Funktionäre verhaftet worden, ebenso alle Mitglieder der Kontrollausschüsse und die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aller Richtungen, darunter auch Christen.

Ein faszistisches Schloß

Die Hakenkreuzler wissen Mittel und Wege, um der Oeffentlichkeit ihre Rüstungen zu verdecken. **So haben Touristen auf ihrer Wanderung im Neckartal ein Faszistenschloß entdeckt.** Bei Heinsheim (Baden) liegt das Schloß Ehrenburg. Dort ist seit längerer Zeit eine nationalsozialistische Sturmabteilung untergebracht. Etwa 50 Jünglinge im Alter zwischen 15 und 26 Jahren hausen dort vollkommen unbehelligt. Die Leitung ist in den Händen von einigen Offizieren. Die Bande gibt sich als Pfadfinderabteilung aus. Das Pfadfinderspiel besteht in **Nachtdienstübungen und Scharfschießen.** Die Polizei scheint sich nicht um die dortigen Vorgänge zu kümmern, denn die Treibereien sind schon seit längerer Zeit bekannt. Wie wäre es, wenn die Arbeiter und Naturfreunde sich anläßlich einer Massenwanderung den „Ausflugsort" einmal ansehen würden. Vielleicht greift die Polizei dann ein und verhaftet die — Arbeiterwanderer. Oder ist Remmele, der stramme Ministerpräsident und Sozialdemokrat, bereit, hier das Gesetz zum Schutz der Republik in Anwendung zu bringen?

Die neue Kapitulationsformel Poincarés

Paris, 18. August.

Ueber den Inhalt der an England gerichteten französischen Note berichtet der „Matin", daß sie sich ausschließlich mit der Frage des passiven Widerstandes beschäftigt, da sich Lord Curzon in seiner Note darüber beklagt hatte, daß die französische Regierung nicht klar zu verstehen gegeben habe, welche Maßnahmen sie treffen würde, wenn der Widerstand aufhören sollte. In seiner Antwort erklärt Poincare, daß in diesem Falle die Zahl der Besatzungstruppen sofort erheblich **vermindert** würde. Die Ingenieurkommission in Essen würde sich damit begnügen, wie früher eine kurze Kontrolle über Fabriken und Betriebe auszuüben, anstatt die Leitung der Betriebe selbst in die Hand zu nehmen. Die Absperrung zwischen dem besetzten und unbesetzten deutschen Gebiet würde sofort aufhören, und der Handelsverkehr würde wieder ungehindert vor sich gehen können. Die alliierten Behörden würden ferner den ausgewiesenen Eisenbahnern gestatten, wieder in das besetzte Gebiet zurückzukehren und ihre alten Stellungen wieder einzunehmen.

Die neue französische Formel deckt sich mit Stresemanns „Verfügungsrecht".

Franzosen und Polizei gegen Arbeiter

In Datteln hatten unzureichende Lohnzahlungen gewaltige Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. In einem Lebensmittellager wurden Waren, darunter mehrere Zentner Schmalz und gute Butter, zurückgehalten. Die Arbeiter erzwangen die Herausgabe der Waren, die schon stark zum Verderben neigten. Blaue Polizei ging gegen die Arbeiter vor. Die erregte Menge entwaffnete die Polizei, worauf Verstärkung anrückte. Sie mußte aber trotz Waffengebrauchs die Flucht ergreifen. Da griffen **französische Besatzungstruppen** ein und drängten die Massen zurück. Gegen Abend trafen noch 200 blaue Polizisten ein. Sofort wurde Jagd nach **kommunistischen Funktionären** veranstaltet. Im Laufe der Nacht wurden 18 Genossen verhaftet. Die Wohnung des Vorsitzenden der KPD. wurde mehrere Male durchstöbert. **Sämtliche Schachtanlagen sind in den Streik getreten.** Die Polizei ist mit dem Säubern der Straßen beschäftigt. Zwei Polizisten sind tot, 6 schwer verletzt. Von den Arbeitern ist einer schwer verletzt.

Die Tätigkeit der Kontrollausschüsse in Essen

In Essen haben in den letzten Tagen die hiesigen und umliegenden Zechenbelegschaften unter Führung von Kontrollausschußmitgliedern beträchtliche Mengen Lebens- und Genußmittel, die verschoben werden sollten, der Allgemeinheit zugeführt. Es handelte sich um 60 Zentner Schmalz, 60 Zentner Fett, ein Lastauto voll Margarine. Ein großes Quantum Corned-Beef lagerte in Essen-West. Bei hiesigen Bäckern wurden große Mengen Mehl vorgefunden, die ebenfalls der Arbeiterschaft zugeführt wurden.

Passive Resistenz in Kiel

Kiel, 18. August.

Der Gewerkschaftsführer Leopold hat vor der Aufnahme der Arbeit in der Vertrauensmännerversammlung berichtet, daß die Unternehmer eine 300prozentige Lohnerhöhung bewilligt hätten. Auf Grund dieser Mitteilung ist die Wiederaufnahme der Arbeit mit 30 Stimmen Mehrheit beschlossen worden. Bei der gestrigen Lohnzahlung kamen nur 250 Prozent zur Auszahlung. Die Arbeiterschaft der Reichswerft protestierte dagegen durch passive Resistenz. Auch die Mehrheit der Belegschaft der Germania-Werft trat in passive Resistenz.

Kolossale Steigerung der Roheisenpreise

Nach der Bekanntmachung des Roheisenverbandes werden für die 2. Augustwoche für Stabeisen 139 531 000 Mk., für Spiegeleisen 151 544 000 Mk. bezahlt. Für die 3. Augustwoche kommen noch größere Zuschläge hinzu.

Die kolossale Steigerung der Roheisenpreise wird zu einer neuen Teuerungswelle mächtig beitragen.

Ein Zwanzigmarkstück 14 680 000 M.

Berlin, 17. August.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 20. d. Mts. ab bis auf weiteres unverändert zum 300 000-fachen Betrage des Nennwertes statt.

Gold in Münzen und Barren bei Mengen bis ½ Kilo fein wird für Rechnung des Reiches durch die Reichsbankanstalten bis auf weiteres unter Zugrundelegung des zuletzt festgesetzten Mittelkurses für Auszahlung Newyork an der Berliner Börse angekauft, und zwar zum Preise von 640 Dollar für das kg fein. Demnach würden bei einem Dollarmittelkurse von Mark 3 200 000 für ein Zwanzigmarkstück 14 680 000 Mark gezahlt werden. Bei Mengen über ½ kg fein ist der Preis bei den Reichsbankstellen zu erfragen.

Mit 215 Papiermark auf Lebenszeit abgefunden

Ein 10prozentiger Invalide wurde im Februar dieses Jahres laut Reichsgesetz mit einer Abfindungssumme auf Lebenszeit abgefunden. Das Hauptversorgungsamt **Karlsruhe** hat durch einen Dienstbrief dem Invaliden diese frohe Botschaft mitgeteilt. Dieser Dienstbrief kostete mehr Porto, als die Summe, mit der der Invalide abgefunden wird. Die Abfindungssumme beträgt 215 Mark (Papiermark). Der Invalide hat die Summe aber erst jetzt im Monat August per Zahlkarte erhalten (Porto 250 Mark). Ist das nicht ein Stumpfsinn?

Die Wiesdorfer Erwerbslosen

demonstrierten geschlossen mit den Notstandsarbeitern vor dem Rathause und verlangten die sofortige Auszahlung einer angemessenen Wirtschaftsbeihilfe.

Nach längeren Verhandlungen mit der Stadtverwaltung erklärte sich diese bereit, sofort die geforderte Beihilfe zu zahlen. Sie ist nach dem Alter gestaffelt und beträgt in der Spitze 10 Millionen Mark.

Zwanzig Kontrollausschüsse in Hannover. Im Bezirk Hannover sind bis jetzt 20 Kontroll-Ausschüsse gebildet, die überall ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Zum Teil sind die Kontroll-Ausschüsse behördlich anerkannt. Sie nehmen Beschlagnahmen von Lebensmitteln, teilweise mit den Bauern gemeinsam, vor und reduzieren die Preise.

Verkürzung des Verbots der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung". Das Verbot der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" ist um acht Tage verkürzt worden. Am Dienstag erscheint unser Bruderblatt wieder.

Neue Massenverhaftungen in Italien. Wie die Blätter melden, wurde in Mailand ein kommunistisches Komplott (!) entdeckt. Im Anschluß an vorgenommene Haussuchungen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Neues vom Tage

Feuer auf dem Schlachtfeld von Verdun.

Ein auf dem früheren Schlachtfelde von Verdun ausgebrochenes Feuer, welches 120 Hektar Brachland verwüstete, brachte in der Nähe des Forts Duomont eine große Zahl von Granaten zur Explosion.

Aufstand in Sandomingo

Chicago Tribune meldet aus Panama: Nach noch nicht bestätigten Telegrammen sollen 17 amerikanische Marinesoldaten bei einem Aufstand in Sandomingo getötet worden sein. Der amerikanische Dampfer „Rochester" sei dort abgegangen.

Schweres Bootsunglück auf der Weichsel.

Plozk, 17. August.

Gestern kenterte infolge eines Wirbelsturmes auf der Weichsel bei Duninow ein Boot. Die darin befindlichen Arbeiter suchten in einem zweiten Boot Zuflucht. Dieses Boot konnte aber die Belastung nicht tragen und ging unter. Wegen des herrschenden Sturmes und der Entfernung vom Ufer war Hilfeleistung unmöglich. Von den 37 Insassen des Bootes wurden nur drei Kinder gerettet.

Zwei Linien der englischen Politik

Von Nichtdiplomat

Die Rede des englischen Ministerpräsidenten Baldwin in Glasgow wirft ein krasses Licht auf die Schwankungen der englischen Außenpolitik, nicht nur in bezug auf Sowjetrußland, sondern auch in Bezug auf ganz Europa. In dieser Rede sagt Baldwin, daß Sowjetrußland der riesige Absatzmarkt für Industrieerzeugnisse ist, der einzig die Steigerung der deutschen Ausfuhr sicherstellen kann, was seinerseits Deutschland ermöglichen wird, die Reparationszahlungen zu leisten. Die politische Linie dieser Rede ist der politischen Linie Lord Curzons direkt entgegengesetzt. Wir vermuten, daß die englischen Minister ihre Reden nicht konsequent und bis zu Ende durchdenken. Sie sind Empiriker, die von Fall zu Fall handeln, dennoch, obgleich es ihnen an politischer Folgerichtigkeit fehlt, und sie kein durchdachtes Programm haben, so haben doch ihre politischen Schritte einen inneren Sinn, der zur Orientierung in der englischen Politik unbedingt in Betracht gezogen werden muß.

Worin besteht der Sinn der Politik Curzons. Stellen wir zunächst die Tatsachen fest, die über seine Politik zu urteilen erlauben. Die wichtigsten dieser Tatsachen sind: 1. Lord Curzon sabotierte alle Versuche Lloyd Georges, sich mit Rußland endgültig zu verständigen und normale Beziehungen herzustellen; 2. Lord Curzon verzichtete auf die feindliche Politik Lloyd Georges der Türkei gegenüber, gelangte zu einer Abmachung mit der Türkei und ist bestrebt, sie auf Rechnung der russischen Interessen ins Schlepptau der englischen Politik zu nehmen, wie dies in der Meerengenfrage der Fall war; 3. Lord Curzon weigert sich, mit Sowjetrußland über die nah- und zentralasiatischen Fragen zu sprechen und versucht, mit Rußland im Osten als mit einer nicht bestehenden Macht zu verfahren; 4. Lord Curzon versuchte es zu einem Bruche mit Sowjetrußland zu bringen, dem die Organisierung der interventionistischen Kräfte gegen Sowjetrußland folgen sollte; 5. gleichzeitig strebte Lord Curzon eine Abmachung mit Frankreich an, indem er Deutschland dem französischen Imperialismus zum Zerfleischen überließ.

Was besagen diese Tatsachen? Lord Curzon verurteilt Deutschland, dem die Wege des wirtschaftlichen Zuganges zum Westen abgeschnitten werden, zum Untergange. Curzon sieht keine Möglichkeit, sich dem französischen Imperialismus zu widersetzen, der in militärischer Hinsicht gegenwärtig stärker ist als England. Curzon flüchtet aus Europa, setzt den Einsatz auf die Entwicklung der englischen Kolonien, in erster Linie Indiens, und auf die Eroberung Mesapotamiens mit seinen Petroleumquellen. Bei einer solchen Politik sieht er natürlicherweise den Hauptfeind in Sowjetrußland, das bestrebt ist, die Völker des Ostens zu festigen.

Worin besteht der Unterschied zwischen Curzon und Baldwin? Betrachten wir abermals die Tatsachen: Baldwin widersetzt sich, nachdem er zur Macht gelangt ist, dem Curzonschen Plan des Bruches mit Rußland. Er ergreift dann wieder die Initiative in der Ruhrfrage und versucht, in den deutsch-französischen Streit einzugreifen, um die endgültige Zerstückelung Deutschlands und seine Unterwerfung unter den französischen Imperialismus zu verhindern. Er ist selbstverständlich nicht stark genug, um mit Frankreich zu brechen. Doch er will durch sein Eingreifen erreichen, daß Deutschland unzerstückelt bleibt und sowohl dem englischen als dem französischen Imperialismus unterworfen wird. Er will, daß es wieder auf die Beine kommt und die Reparationen bezahlt. Doch Deutschland ist der Weg zu den westlichen Märkten versperrt; die englischen Kapitalisten fürchten sein Erscheinen auf den westlichen Märkten (Lloyd George gestand unlängst offen, daß das Aufkommen der deutschen Konkurrenz im Westen die Lage der englischen Industrie erschweren würde), und Baldwin beabsichtigt einen Ausweg aus der Sackgasse, indem er das Eindringen Deutschlands in die russischen Märkte zu fördern sucht. Dank dem (so hofft Baldwin) wird Deutschland, nachdem es die Reparationen bezahlt haben wird, wirtschaftlich erstarken. Und dies wird ein Erstarken Deutschlands im allgemeinen bedeuten, denn der Aufschwung der Industrie würde das allgemeine Erstarken des Staates und dann auch die Wiederherstellung der militärischen Macht Deutschlands zur Folge haben. Dann würde England in Deutschland einen Verbündeten gegen Frankreich in Europa finden. Doch das wirtschaftliche Erstarken Rußalnds durch seine Zusammenarbeit mit Deutschland wird auch Rußland politisch festigen. Auf diese Weise bedeutet die letzte Idee Badlwins den Versuch, eine antifranzösische Kette zu bilden London—Berlin—Moskau.

Wir beabsichtigen nicht, hier ein Bild der Gegenmaßnahmen Sowjetrußlands zu geben. Rußland beabsichtigt nicht, seinen Markt, welchem Volke es auch sei, zur Verfügung zu stellen. Der russische Markt wird ausländische Waren in großer Menge nur dann aufnehmen, wenn die Mächte, die über Kapital verfügen, auf die finanzielle Blockade Rußlands verzichten werden. Endlich wird Rußland nicht auf den Wiederaufbau der eigenen Industrie verzichten. Was nun überhaupt seine Beziehungen zu den Großmächten anbetrifft, so stellt es als Bedingung der Annäherung die Anerkennung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, seine Anerkennung als eine Großmacht, die überall da besteht und Einfluß hat, wo die Interessen des russischen Volkes bestehen.

Rußland hat aufgehört, ein Objekt der Politik der Alliierten oder eines der Alliierten zu sein. Das muß man sich ins Gedächtnis prägen, das muß man begreifen, ungeachtet aller Zugeständnisse und der Friedensliebe der Sowjetregierung.

Generalstreik in Warschau

Die sozialistischen Gewerkschaften rufen zum Zweck der Unterstützung des Streiks in der Bauindustrie und in der Holzindustrie zu einem Generalstreik in Warschau am 20. August auf.

Achtung! Breslauer Buchdrucker!
Heute Montag abend 5 Uhr
Außerord. Vertrauensmänner-Sitzung
im Zimmer 12, Gewerkschaftshaus.

Der Totentanz der Brot- und Milchverteuerer

„Wir tanzen um den Geldsack! Wenn die Hungerleider frech werden, lassen wir sie zur Ader!"
Denkt an Breslau (20. Juli), Ratibor, Neiße und Neurode (in wenigen Sekunden 13 Tote)!

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Nummer 193 5. Jahrgang.

Bauern, seid auf dem Posten!

Mitten in der Ernte bricht ein schweres politisches Gewitter über uns herein. Es kommt nicht überraschend. Längst schon hörten wir das Grollen des Donners aus der breiten Masse der Bevölkerung. Längst schon sahen wir, wie die Gewitterwolken am politischen Firmament sich zusammenballten.

Immer unverantwortlicher wurde das Treiben der Großindustriellen, Spekulanten, Junker und Großbauern. Sie haben die Reichsbank ausgeräubert, die Devisenbestände der Reichsbank um einen geringen Preis an sich gerissen. Sie haben die Mark entwertet, so daß bis zu 6½ Millionen Mark für einen Dollar bezahlt werden mußten. Sie haben die Preise für alle Produkte wahnsinnig in die Höhe geschraubt.

Die Geldfabriken des Staates reichen nicht einmal mehr aus, die im täglichen Warenhandel benötigten Papierfetzen zu drucken. Den Arbeitern wird selbst ihr unzureichender Lohn nicht ausbezahlt.

Der Würger „Hunger“ haust in den Städten. Tausende von Arbeiterfrauen und Kindern fallen ihm zum Opfer; ihm fällt auch zum Opfer das Wirtschaftsleben und die Einheit Deutschlands. Wie sollen hungernde Arbeiter, deren Kinder und Frauen an Unterernährung zugrunde gehen, noch Lust zur Arbeit haben? Wie sollen ausgehungerte Arbeiter Widerstand leisten gegen die französischen Eindringlinge?

Auch wir schaffende Landwirte werden hineingerissen in den Zusammenbruch. Trotz größten Fleißes arbeiten wir uns in Verschuldung hinein. Was wir heute an Einnahmen haben, ist morgen infolge der rasenden Geldentwertung nur noch halb so viel wert. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit den trostlosen Zuständen.

In geradezu sträflicher Weise hat die Cuno-Regierung die Wirtschaftszerrüttung, die Untergrabung des Widerstandes gegen die französischen Räuber, durch Industriekapitalisten, Spekulanten und Großgrundbesitzer gewähren lassen und unterstützt.

Der Bankrott ist da!

In dieser Situation ist der Vorstand des Bundes schaffender Landwirte zusammengetreten. Die Erntearbeit unterbrechend, hat er zur Lage Stellung genommen. Wie liegen die Dinge? Was ist zu tun?

In Berlin und in den meisten Industriebezirken griffen die Arbeiter und Angestellten zum Streik. Den Rücktritt der Cuno-Regierung haben sie erzwungen. Sie fordern aber noch mehr!

Hunger! — schreien ihnen ihre Kinder entgegen. Hunger! rufen ihre Frauen. Hunger! — ruft ihr eigener Magen. Darum fordern sie: Bezahlung eines Lohnes, der dem Wert des Vorkriegslohnes entspricht — 60 Goldpfennige pro Stunde. Beschagnahme der Lebensmittel, Sicherung der Ernährung unter Mitwirkung von Kontrollausschüssen der arbeitenden Bevölkerung. Erfassung der Sachwerte, d. h. der Fabriken, Bergwerke, Großgrundbesitze durch den Staat, zur Sicherung gegen den Wucher, zur Einleitung einer gesunden Wirtschaftspolitik.

Wir schaffende Landwirte sagen euch Arbeitern und Angestellten: Die Berechtigung eurer Forderungen erkennen wir voll und ganz an. Wir richten aber an euch die Aufforderung: unterlaßt die gewaltsame Wegnahme von Nahrungsmitteln in klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, wie es verschiedentlich der Fall war. Verschärft nicht den Gegensatz zwischen der schaffenden Bevölkerung auf dem Lande und euch! Sorgt für ein gutes Einvernehmen zwischen uns und euch.

Gleichzeitig fordern wir alle diejenigen auf, die durch ihre schwere Arbeit in der Landwirtschaft den Ehrennamen „Bauer“ verdienen, die Arbeiter und Angestellten zu unterstützen.

Stellt den Arbeitern Nahrungsmittel zur Verfügung!

Sorgt gemeinsam mit den Kontrollausschüssen der städtischen arbeitenden Bevölkerung dafür, daß die auf den großen Gütern vorhandenen und zurückgehaltenen Nahrungsmittel beschlagnahmt und in die Städte gebracht werden.

So wenig als ihr, Arbeiter und Angestellte, Hoffnungen setzt auf den neuen Kanzler, auf Stresemann, den Vertreter der Großindustriellen Partei, die euch und den Staat bis zum Weißbluten ausraubt, die uns die Wucherpreise für Maschinen und Geräte, Kunstdünger usw. diktiert, ebensowenig bringen wir schaffende Landwirte diesem Kanzler Vertrauen entgegen. Stresemann wird den Wucherern nicht das Handwerk legen; er wird nicht der Mißwirtschaft der Großgrundbesitzer ein Ende machen; er wird nicht das schlecht- oder nichtbebaute Land der Großbauern und Junker wegnehmen und der landarmen, intensiv wirtschaftenden Bauernschaft geben. Keine der bisherigen Regierungen, die der Reichspräsident Ebert berufen hat, griff hier durch. Dann rufen wir der gesamten arbeitenden Bevölkerung erneut zu, was wir schon in Nummer 2 unseres Bundesorgans erklärten:

„Die notwendigen Maßnahmen kann und wird nur eine Regierung durchführen, die von der schaffenden Bevölkerung in Stadt und Land gebildet wird. Wir machen deshalb den Arbeitern und Beamten, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, den ehrlichen Vorschlag, gemeinsam mit uns dafür zu wirken. Selbstredend verlangen wir, daß bei einer solchen Regierung uns solcher Einfluß zukommt, wie er unserer Bedeutung entspricht. Wollen die Arbeiter und Beamten in Stadt und Land diesen Vorschlag akzeptieren, dann legen wir schaffende Landwirte zuversichtlich unsre Hand in die ihrige.“

Es lebe die Regierung der schaffenden Bevölkerung!

Bund schaffender Landwirte

A. Brehm, Bauer, Schlesien — B. Gäßler, Bauer, Baden — Bischoff, Bauer, Thüringen

Neue Bezüge für Unfallrentner und Wöchnerinnen

Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung ein Gesetz verabschiedet, das eine Neuregelung für die Bezüge der Unfallrentner vorsieht und mit dem 1. September 1923 in Kraft tritt. Der Kreis der Unfallrentner, die nach dem Gesetz Zulage erhalten, wird erweitert auf die Unfallverletzten, die 20 Prozent und darüber Unfallrente beziehen. Der Antrag der Kommunistischen Fraktion, auch die Renten derjenigen, die unter 20 Prozent beziehen, wurde abgelehnt.

Eine Regelung dieser Frage soll im September erfolgen. Die Regierung plant die Abfindung dieser kleinen Rentenempfänger.

Das neue Gesetz sieht vor, daß die Festsetzung des jeweiligen Jahresarbeitsverdienstes, der für die Errechnung den Renten in Frage kommt, nach der Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten erfolgen soll. Diese Berechnung soll in der Form erfolgen, daß die Februarrenten vervielfacht werden mit einer Zahl, die elf Zehntausendstel von der jeweiligen Indexzahl beträgt. Die Renten sollen auch ab 1. September für je einen halben Monat im voraus bezahlt werden. Folgende Beispiele zur besseren Verständigung:

Die Februarrente für einen Vollrentner betrug 64 000 Mark, also die halbe Monatsrente 32 000 Mark. Die Reichsindexzahl ist gegenwärtig 437 000, elf Zehntausendstel hiervon sind 480,7. Diese Zahl wird nach oben auf 500 abgerundet. Die halbe Monatsrente würde also nach der gegenwärtigen Reichsindexzahl 500 mal 32 000 Mark betragen gleich 16 Millionen Mark. Für die Rentenempfänger, die eine Rente von 50 Prozent erhalten, käme demnach die Halbmonatsrente von 8 Millionen Mark in Betracht.

Die Februarrente eines Unfallverletzten, der 331⅓ Prozent Rente bezieht, betrug 8500 Mark. Der Multiplikator nach der gegenwärtigen Reichsindexzahl ist 500. Die halbe Monatsrente würde also hier 500 mal 8500 Mark gleich 4 250 000 Mark betragen. Dabei ist zu beachten, daß für die Auszahlung der ersten halben Monatsrente, also am 1. des Monats, die höchste Indexzahl maßgebend ist, die in der Zeit vom 15. bis 21. des Vormonats veröffentlicht wurde. Für die zweite halbe Monatsrente, die am 16. des Monats zur Auszahlung kommt, ist die Indexzahl maßgebend, die in der Zeit vom 1. bis 6. desselben Monats veröffentlicht wird.

Für die Monate Juli und August erfolgt auf dem Wege der Verordnung eine Nachzahlung, die nach demselben Verhältnis berechnet wird wie bei den Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die Unterstützungssätze in der Wochenhilfe und Wochenfürsorge werden in Zukunft ebenfalls nach der Reichsindexzahl berechnet, und zwar ist für die gesamte Unterstützung die Reichsindexzahl maßgebend, die am Ende der Woche der Niederkunft veröffentlicht wird. Der einmalige Beitrag für die Entbindungskosten soll dem zehnfachen Betrag der Reichsindexzahl entsprechen, also gegenwärtig 4 370 000 Mark, bei Schwangerschaftsbeschwerden das 1½fache. In der Wochenfürsorge soll das Wochengeld ein Zehntel und das Stillgeld drei Zwanzigstel der Reichsindexzahl als tägliche Unterstützung betragen.

Diese Beträge sind angesichts der gewaltigen Teurung außerordentlich gering. Alle weitergehenden Anträge des kommunistischen Vertreters wurden von der Großen Koalition abgelehnt.

Deutsche SPD.-Barbaren

Unter der vorstehenden Ueberschrift lesen wir im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie („Arbeiter-Zeitung“, Wien, Nummer 224):

„Die neue Regierung hat im Reichstag ein feierliches Vertrauensvotum erhalten, aber das Morden geht im Reiche weiter. Jeder Tag bringt neue erschütternde Nachrichten. Daß die amtliche Meldung immer beizufügen weiß, daß die Polizei oder die Reichswehr von der Waffe „Gebrauch machen mußte“, ändert nichts an der Tatsache, daß dieses beharrliche „Niederschlagen“ von Bewegungen, die doch die Grundursache in der Verzweiflung über die furchtbare Not haben, eine Regierungsmethode ist, die nur barbarisch genannt werden kann, ein Verbrechen, das mehr als alles das Regieren in Deutschland in Verruf bringt. Eine Regierung, die demokratisch sein will, muß von jeder Schieberei aufs schmerzlichste betroffen werden, muß dafür sorgen, daß diese grauenhaften Kriegsmeldungen nicht mehr vorkommen. Mit Massen, die erregt sind, zu sprechen, ist doch nicht bloß Sache der Polizei, sondern, vor allem und im höchsten Maße, Sache der Politik. Nicht schießen! das sollte auf allen Seiten ununverbrüchliche Losung werden.“

Polizeiminister im neuen Kabinett der Ebert-Republik ist der famose Sozialdemokrat Sollmann. Er mag sich mit seinem Bruderorgan wegen des Vorwurfes, seine Politik sei barbarisch und verbrecherisch, auseinandersetzen. Er hat nur eine Entschuldigung: die Politik der SPD. ist verbrecherisch, sie kann nur mit verbrecherischen Methoden durchgeführt werden. Die Handlanger der herrschenden Kaste zeichneten sich immer durch Brutalität und Niedertracht aus. Darin hat sich seit der antiken Sklaverei nichts geändert.

Die Hungersnot in Oberschlesien

Wann greifen die proletarischen Kontrollausschüsse ein?

Ueber die Lebensmittelnot in Deutsch-Oberschlesien wird vom „Vorwärts“ geschrieben:

„Der Industriebezirk ist ohne Nahrungsmittel. Hunderte von Wagen aus den gesegneten Gemüsegegenden Ratibor und Leobschütz sieht der Deutsch-Oberschlesier täglich über die Grenze nach dem valutastarken polnischen Teil fahren, während hier alle Gemüseläden leer sind. Der polnisch gewordene Teil Oberschlesiens, besonders die Märkte in Kattowitz, Königshütte und den großen Industrieorten, sind mit Kartoffeln aus Posen und mit deutschem Frischgemüse überschwemmt, während im deutschen Teil die Märkte leer sind. Die Ueberpatrioten, die Bauern aus der reindeutschen Leobschützer und Ratiborer Gegend, sie wissen die Konjunktur auszunützen, sie verkaufen drüben nach polnischer Mark und erzielen dadurch den 15fachen Gewinn. Unsere Fleischläden sind leer, während drüben Fleisch und Wurst in Hülle und Fülle zu haben ist. Die Viehmärkte sind wenig beschickt und was an Schlachtvieh aufgetrieben wird, wandert zu 90 Prozent nach dem Westen, angeblich ins Ruhrgebiet, vielleicht ist aber dieses nur Durchgangsgebiet, genau wie das polnische Oberschlesien, von dem aus ein schwungvoller Handel mit deutschem Gemüse und sonstigen Erzeugnissen nach Tschechien getrieben wird.

Dem großen Schlachthof Hindenburg, der auch die umliegenden Industrieorte Zaborze, Biskupitz, Mikultschütz, Gosnitza und Mathesdorf, sammen über 150 000 Einwohner, zu versorgen hat, sind vom Viehmarkt in Breslau neun Rinder und sieben Schweine ausgeführt worden. Die Fleischerläden sind nur an wenigen Tagen der Woche stundenweise geöffnet. Nach Anstellung zur Polonäse, genau wie im Kriege, kann man, wenn man Glück hat, ein halbes Pfund Fleisch, aber weder Wurst, noch Speck, noch Fette erhalten. Preise spielen keine Rolle. Butter ist nirgends zu haben, ebensowenig Käse. Kartoffeln sind vollkommen vom Markt verschwunden. Zu Hunderten sieht man Frauen und Kinder mit Markttaschen durch die Orte eilen, die meisten kehren mit leeren Taschen heim.

In Groß-Strehlitz wurden von einem Berliner Händler mehrere Waggon Kartoffeln verladen, die er von einem Gut für 250 000 Mk. je Zentner gekauft hat, während der Marktpreis mit 120 000 Mk. notiert wurde. Die Güterabfertigung verweigert die Bekanntgabe des Namens des Versenders. Eine strafrechtliche Verfolgung kann also nicht erfolgen, da auch die Reichsbahndirektion Oppeln auf eine Beschwerde die Antwort schuldig bleibt.

Der Vertreter des Landbundes, Herr von Donath, hat zwar gesagt, auf die Landwirte einwirken zu wollen, von einem Erfolg sieht und hört man nichts. Die Bauern geben weder Vieh noch Feldfrüchte ab. Die große Arbeiterstadt Hindenburg steht außerdem noch ohne Mehl da. 2100 Zentner Mehl pro Woche werden gebraucht, doch nur 100 Zentner konnten in einer Mühle für die Stadt beschlagnahmt werden.

Die Banken und Wechselstuben sind von früh bis abends von Hunderten von Menschen aus Polen umlagert, die alle polnische gegen deutsche Mark einwechseln. Jetzt, nachdem alle Läden ausverkauft sind, geht man daran, die Waren nur gegen Ausweis zu verabfolgen. Da aber fast jeder von drüben Verwandte oder gute Freunde hat, ist es ein leichtes, auch noch die letzten Reste aus den Geschäften zu ziehen.

Die Warenpreise werden zu schwindelnder Höhe getrieben. Die Not und das Elend in der Arbeiterschaft wächst von Stunde zu Stunde. Täglich sind Hungerkrawalle zu befürchten, wenn nicht bald von maßgebender Stelle die Ausfuhr von Lebensmitteln und allen Waren des täglichen Bedarfs sofort verboten wird.

Wenn die Regierung nicht in zwölfter Stunde helfend eingreift, und für schleunigste, reichliche Belieferung mit Lebensmitteln sowie für Sperrung der Grenzen sorgt, dann ist Schlimmes zu befürchten.“

Die blutigen Vorgänge in Neiße und Ratibor sind eine Folge jener im obigen Bericht geschilderten Zustände, die auf den Patriotismus der „Heimattreuen“, die das eigene Volk bis zur Verzweiflung aussaugen, ein Schlaglicht werfen. Nur die sofortige Bildung von Kontrollausschüssen, die Beschlagnahme und Verteilung aller Lebensmittel und ein Ausfuhrverbot kann das arbeitende Volk in Oberschlesien vor den Inflationshyänen retten.

Die VSPD. hat bisher in treuer Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsführern die Proletarischen Kontrollausschüsse sabotiert.

Für die geschilderten Zustände im grenzburger Bezirk ist der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck verantwortlich, der ihm unbequeme Kommunisten aus Oberschlesien ausweisen läßt, und im Kampf gegen die deutschen und polnischen Schieber und Aufkäufer täglich versagt.

Bildung eines Kontrollausschusses in Beuthen O.-S.

In der am 10. August stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung, über welche wir am Sonnabend kurz berichteten, wurde von der kommunistischen Fraktion folgender Dringlichkeitsantrag eingereicht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Bereitstellung von Geldmitteln, um der werktätigen Bevölkerung Lebensmittel und die notwendigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs zum Selbstkostenpreis abzugeben.

2. Sofortige Bereitstellung von Geldmitteln, um die Kleinrentner, Witwen, Arbeitslosen und Armenunterstützungsempfänger nach der jeweiligen Indexziffer zu unterstützen.

3. Die Wahl einer Kommission, die amtliche Wohnungen der Stadt Beuthen kontrollieren soll, um festzustellen, wie weit in Beuthen Luxus- und überflüssige Wohnungen vorhanden sind, um dieselben den Flüchtlingen und Wohnungslosen zwangsweise zu überweisen.

4. Bereitstellung von Geldmitteln, um die werktätige Bevölkerung mit Kohlen und Kartoffeln für den Winter einzudecken, die als Darlehn ratenweise abgezogen werden. Dieser Antrag wurde angenommen und auf die nächste Sitzung zur Beratung gestellt.

Zu diesem Zweck wurde eine Stadtverordnetensitzung am 15. August einberufen.

5. Anerkennung der am 7. August im Konzerthaus in einer Volksversammlung gewählten Kontrollkommission. Diese Kontroll-Kommission soll die werktätige Bevölkerung vor Wucher und Profitgier und vor Zurückhaltung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bewahren.

Die Kontrollkommission kann erweitert werden, indem jede Partei ein Mitglied in diese Kommission hineindelegiert.

Diese Sitzung wurde vom Stadtverordnetenvorsteher Zarradzki eröffnet. Stadtverordneter Rechnungsrat Glanina berichtete über die Notlage der Bevölkerung und gab bekannt, daß ein Großhändler nach Hamburg abgereist ist, um Vieh einzukaufen, damit die Fleischnot behoben werde. Zu diesem Zweck sind dem Großhändler einige Milliarden von der Stadt gestellt worden.

Die Ausführungen weiterer bürgerlicher Redner wurden durch Zwischenrufe der nach Hunderten zählenden Zuhörer unterbrochen.

Hierauf berichtete Oberbürgermeister Dr. Ebephan über die Notlage der Bevölkerung, er gab an, daß er Verhandlungen mit verschiedenen Instanzen geführt habe zwecks Belieferung der Bevölkerung Beuthens mit Lebensmitteln. Das Ergebnis der Verhandlungen besteht in „vielleicht“ und „wahrscheinlich“. Die Kartoffeln kommen vielleicht in ein paar Tagen angerollt, Fleisch werden wir wahrscheinlich aus Hamburg bekommen. Also er führte den Zuhörern Potemkinsche Dörfer vor die Augen, fand aber bei der erregten Masse der Zuhörer kein Verständnis.

Darauf ergriff Stadtv. Genosse Brandt das Wort. Er begründet den Antrag Punkt für Punkt und stellt fest, daß die Schupo in Karf Kartoffeln, welche von den Bauern nach Beuthen gebracht werden sollten, beschlagnahmt hat. Diese Bauern bekommen pro Pfund 2000 Mark und dieselben Kartoffeln wurden dann unter Aufsicht der Schupo für 6500 Mark an die Verbraucher verkauft. (Also auch hier sorgen Staatsorgane, daß die Wucherer ihren Geldsack füllen können.)

Hierauf wurde über den Antrag abgestimmt. Das Ergebnis war Annahme des Antrages. Der Oberbürgermeister erklärte sich für den Kontrollausschuß. Als die Zusammensetzung des Kontrollausschusses erfolgen sollte, verlangte die Zentrumspartei, welche früher Gegner des Kontrollausschusses war, daß die Zusammensetzung nach Stärke der Parteien erfolgen sollte und wollte 6 Mitglieder ihrer Partei hineindelegieren. Darüber erhob sich bei den nach Hunderten zählenden Zuhörern auf der Tribüne ein Entrüstungssturm. Der Vorsitzende konnte sich trotz Glockenschwingens kein Gehör verschaffen und die Versammlung mußte abgebrochen werden.

Betrieb – Gewerkschaft

Für den Reichsausschuß der Betriebsräte

wurden in Belegschaftsversammlungen während des Streiks von den Kameraden der Fürstensteiner Gruben die Summe von 5 123 000 Mark gesammelt. Den Spendern herzlichsten Dank.

Demokratische Faszisten

Der bekannte günstige Wind wehte uns folgendes Schreiben auf den Redaktionstisch:

Frankfurt a. M., den 7. August 1923

Deutsche Reichseisenbahn.

Vorstand des Eisenbahn-Betriebsamts I

A. 5.

Telegrammbrief.

An die Herren Dienststellenvorsteher
der Bhe, Ho usw.

Auf Anordnung der RBD. muß die Werbung für den Bahnschutzdienst nunmehr mit besonderem Eifer erneut betrieben werden. Es ist dringend notwendig, daß die Bildung eines Stammes durchaus zuverlässigen Personals für den Bahnschutz erfolgt. Es kommt nicht darauf an, daß viele Leute ihren Beitritt zum Bahnschutz erklären, sondern vielmehr darauf, daß unbedingt zuverlässige Bedienstete angeworben werden. **Dabei sind die Erfahrungen des letzten Streikes zu verwerten und zuverlässigeren Bediensteten** (d. h. Belasteten durch Streikbruch) **nahezulegen, auszuscheiden.**

Ist eine genügende Anzahl (20 bis 30 Mann) für den freiwilligen Bahnschutz vorhanden, so wählen die Leute aus jeder Gruppe aus ihrer Mitte einen geeigneten Führer, zu dem sie unbedingtes Vertrauen haben. **Von der Wahl des Dienststellenvorstehers ist tunlichst abzusehen.**

Außerdem ist die Bildung einer beweglichen Reserve anzustreben. Der freiwillige Bahnschutzdienst tritt nur im Falle des Aufrufes durch die Reichseisenbahndirektion in Tätigkeit und wird den Leuten für vermehrte Aufwand, die besondere Inanspruchnahme und die erhöhte Gefahr eine für Beamte und Arbeiter gleichmäßige Vergütung gewährt, ebenso sind die Bahnschutzkräfte gegen Unfall versichert.

Die Herren Dienststellenvorsteher haben sofort unter den als zuverlässig bekannten nicht zu jungen Bediensteten behufs Eintritt in den freiwilligen Bahnschutz zu werben. Ein Verzeichnis dieser Kräfte ist bis 11. 8. 1923 vorzulegen. Außerdem sind die von den Leuten gewählten Führer anzugeben.

Die Bahnschutzangelegenheit ist sehr dringend zu behandeln.

gez.: Reichert, beglaubigt: Anger."

Der „demokratische" Reichsverkehrsminister Groener, der inzwischen durch den Massenwillen der Eisenbahner hinweggefegt wurde, wollte, das geht aus dem Schreiben hervor, einen Feldzug gegen die Eisenbahner organisieren. Er reiht mit dieser Tat, der Bildung von faszistischen Kampftruppen, nach dem demokratischen Prinzip seinem „Lorbeerkranze" ein neues Ruhmesblatt an. Durch die Bildung des Bahnschutzes von „unten auf" unter Ausschaltung des Dienststellenleiters und der belasteten Kreaturen soll den Beamten und Arbeitern Sand in die Augen gestreut werden. Das Stinnesprogramm harrt seiner Verwirklichung; Hunderttause von Arbeitern und Beamten der Eisenbahn sollen auf die Straße fliegen. Fügen sie sich nicht gutwillig den weisen Maßnahmen der Stresemann-Hilferding, dann werden sie durch die faszistischen Kampftruppen niedergeknüppelt.

Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter müssen gegen diese Maßnahmen eine einige und geschlossene Front bilden. „Ein Hundsfott", der sich als Sklaventreiber gegen seine Klassengenossen gebrauchen läßt.

Republikanische Behörden schwingen die Hungerpeitsche gegen Streikende

Ein erfreuliches Zeichen im Hungerkampf der mitteldeutschen Arbeiter war die Beteiligung der Telegraphenbauarbeiter bei der Oberpostdirektion Halle. Sie hatten am Dienstag geschlossen die Arbeit niedergelegt, trotz aller Bremsversuche der reformistischen Führer vom Verkehrsbund. Merkwürdig, die Arbeiter hatten kaum die Arbeit eingestellt, als ihnen bereits Schreiben des Inhalts zugestellt wurden, daß sie „dem Dienst ohne Erlaubnis ferngeblieben", fristlos entlassen seien. Das sind nun die höheren „republikanischen" Beamten. Sie wissen genau so wie die streikenden Arbeiter, daß das proletarische Elend nicht mehr zu ertragen ist. Heimlich schimpfen sie über die unzureichenden Gehaltsbezüge. Aber wehe, wenn Arbeiter, die sie unter sich haben, einmal vom Leiden und Ertragen genug haben und das Mittel des Streikes anwenden, um die unerträglichen Verhältnisse zu beseitigen! Dann kennen diese traurigen Gesellen keine höhere Pflicht, als im beschleunigten Tempo — beschleunigter wie die Postendrückeberger sonst arbeiten — die Hungerpeitsche gegen die Arbeiter zu schwingen. Sie werden mit der Drohung von Entlassungen natürlich auf die streikenden Arbeiter keinen Eindruck machen, höchstens den „Erfolg" erzielen, bewiesen zu haben, was diese leitenden Postbeamten für traurige Kerle sind.

Wer ist der Denunziant?

Aus Waldenburg wird uns von einem Bergarbeiter geschrieben: „Diejenigen Streiks, welche von der Arbeiterschaft nicht einheitlich und geschlossen durchgeführt werden, haben meistens Maßregelungen von Streikenden zur Folge. Das trifft auch für den letzten Streik zu. Aber trotzdem sprachen bei dem letzten Streik noch andere wichtige Momente mit. Während des letzten Streiks kristallisierten sich klar und deutlich zwei Lager heraus und zwar das der revolutionären aus Betriebsräten bestehenden Führerschaft und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Die Reformisten schlugen sich wieder einmal auf die Seite der Konterrevolution. Alle Arbeiter, welche mit offenen Augen im Kampfe gestanden haben, werden dies beobachtet haben. Hierfür folgendes Beispiel: Der Genosse König-Konradsthal, welcher die Situation voll erfaßt hatte, erklärte den Arbeitern auf den verschiedensten Schachtanlagen mit scharfen Worten, wie notwendig dieser Kampf sei. Die Folge davon war, die Verbandsleitung des BAV. ihre getreuen Funktionäre auf Genossen König losließ. Allerdings hatte sie die ersten Tage des Streiks keinen Erfolg. Denn auf die Aufforderung des Genossen König zu demonstrieren, formierte sich ein Demonstrationszug von ungefähr 6000 Arbeitern der Fuchsgrube und zog nach Waldenburg. Am letzten Streiktage schienen die Verbands- und SPD.-Funktionäre die Sache besser organisiert zu haben und es gelang ihnen unter Anwendung der schäbigsten Methoden die Kämpfenden zu zersplittern. **Gekrönt wurde das Verhalten dieser Auch-Arbeiterführer durch den Sekretär Wißmann vom BAV., welcher auf der Davidgrube** durch das Telefon dem Betriebsrat mitteilte, daß König unbedingt unschädlich gemacht werden müßte, und daß er für den ganzen Streik im Waldenburger-Revier verantwortlich gemacht werden müsse. Genosse König wurde auch tatsächlich gemaßregelt und entlassen und mußte die Wahrnehmung machen, daß auf diese Entlassung planmäßig hingearbeitet worden ist.

Die Leitung des Bergarbeiterverbandes wird nach den vorangegangenen Erklärungen des Sekretärs Wißmann nicht umhin können klipp und klar die Frage zu beantworten:

Wer hat König denunziert und „unschädlich gemacht"?

Ein unerhörter Skandal

Ueberall dort, wo die ADGB.-Ortsausschüsse auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und Stinnespolitik stehen, sind sie „angesehene" Organe des kapitalistischen Wiederaufbaues. Wo sie sich zusammensetzen aus klassenbewußten revolutionären Arbeitern und proletarische Politik treiben, fürchtet man sie wie Tod und Teufel.

In den Räumen des Ortsausschusses des ADGB. Remscheid, der unter kommunistischer Leitung steht, erschienen Kriminalbeamte, beauftragt von dem famosen SPD.-Polizeipräsidenten Remscheids, um eine Durchsuchung der Altenschränke nach Gewehren vorzunehmen. Sie mußten natürlich unverrichteter Sache wieder abziehen.

Die Remscheider Betriebsräte haben gegen diese unverschämte Belästigung eines proletarischen Organs energisch protestiert. Die Gewerkschaftsvorstände sind beauftragt, von der Regierung die Beseitigung des Remscheider Polizeipräsidenten zu verlangen.

Nur die geschlossene Kampffront sichert Erfolge

Unter dem Druck der geschlossenen Einheitsfront der streikenden Jenaer Arbeiter bewilligten die Unternehmer die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe im Betrage von fünf Millionen Mark. Der Regierungsrat Schulz, Vertreter der Firma Schietrumpf, äußerte in dieser Sitzung, daß sie das Geld nur „infolge des Terrors der Straße" bewilligten.

Für die Arbeiterklasse ist dieses Eingeständnis von seiten der Unternehmer insofern wertvoll, als sie daraus ersehen kann, welch ein kolossaler Faktor die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse darstellt.

B · R · E · S · L · A · U

M. FISCHHOF
Ring Nummer 43
Samt • Seide
Wolle

Enorm billig
kauft man
zur billigen
Schuh-Diele
Breitestraße Nr. 3
Ecke Weiße Ohle
Betty Cohen

Kaufhaus am Dom
Artikel des täglichen Bedarfs
Bekleidung
Haus- u. Küche
Adalbert-Straße 20
Herm. Sachs Nachf.

KAISER-KRONE
Täglich
Auftreten
erstkl. Künstler

Einkauf
von Eisen, Papier,
Schneider-Abfälle,
Lumpen, Knochen
u. sämtl. Produkte
Paul Strauch
Neumarkt Nr. 39

Fritz Steinicke
Striegauer Platz 13
Fahrräder
Motorräder
und Zubehör
in allen Preislagen

Wo? inseriert man am vorteilhaftesten

★ Achtung Hausfrauen!
Wenn euer Wirtschaftsgeld nicht langt, zahlen für
Hauslumpen
konkurrenzlose Preise
Säcke
Schneiderabfälle
Altmetalle
äussersten Tagespreis
H. Kurzhart
Ritterplatz 8
Telefon Nummer 8240
Händler erhalten Vorzugspreise

Nur in der Schlesischen Arbeiter-Zeitung!

Sehr preiswerte Schuhwaren
aller Art für Herren, Damen und Kinder
in grosser Auswahl
Schuhhaus Wachtplatz
Friedr. Wilhelmstr. 12

Eigene Reparatur-Werkstatt
Spezialität: Rahmen-Reparaturen

Motorräder und Fahrräder
Gebrüder Lömker
Neudorfstrasse Nr. 35
im Hause der Tivoli-Lichtspiele

Rex
Kaufer Nachf.
BRESLAU, Adalbertstr. 18
Haus- und Küchengeräte
Eisen- und Stahlwaren
Telefon Ring Nummer 2166

Kaufe
sämtliche Schneiderabfälle, Lumpen und Metalle zu höchsten Tagespreisen
Klara Wiese
Hirschstrasse 63b

Achtung!
Aller Art Lumpen, Schneider-Abfälle, Alteisen, Makulatur!
kauft und überbiete jeden Tagespreis
Alfred Kriegisch
Selenke-Straße 15

Artikus-Garten
Neue Gasse 25, an der Promenade
Familien-Lokal
Saal zu Hochzeiten und Vereinsfestlichkeiten Vereinszimmer
Georg Neugebauer Inhaber

Kroker
Weidendamm
jeden Donnerstag und Sonntag
vornehmer Tanz

Goldschmied Ditschalt
zahlt höchste Preise für
Gold, Silber, Platin, Bruch, Gebisse, Schmuck, Brillanten
Ditschalt, Friedrichstr. 11 (neben der Markthalle)

Nester & Moesner
Telephon Amt Ohle 8694
Eisenwaren
Haus- u. Küchengeräte
Hauptgeschäft: Tauentzienstraße 116
Zweiggeschäft: Tauentzienstraße 52

Achtung! Hausfrauen!
Wenn Euer Wirtschaftsgeld nicht langt
zahle für
Hauslumpen, Tuch-, Schneiderabfälle und Säcke
konkurrenzlose Tagespreise
Slabik
Krullstraße Nr. 13 — Weißgerbergasse 4

Arbeiter!
Beachtet mein
Friseurgeschäft
Zeitung liegt aus.
M. Brünn
An den Kasernen 5.

Sie erhalten für
Gold Silber Platin Bruch
Gebisse Schmuck
die höchsten Preise
nur bei
Fritz Schramm
Kupferschmiedestr. 52c
(3. Haus v. Neumarkt)

Einkauf von Produkten
Zahle die höchsten Preise
Martha Weiss
Neue Weltgasse 2-4

R. Armer
Breslau 1
Kupferschmiedestraße 7
Fernsprecher Ring 8094
Haus- und Küchen-Magazin. Glas-, Porzellan-, Emaille-Waren. Beleuchtungs-Artikel. Großes Lager von Gebrauchs-Geschirren und Gläsern für Gastwirte

Kaufe sämtliche Sachen / Lumpen
Knochen / Papier / Eisen
Makulatur und sämtliche Produkte
Zahle die höchsten Preise.
Anna Krause, Reuschestraße 50

Viel Geld ist nur zu verdienen
wenn man seine Produkte wie
Alteisen / Lumpen / Papier
zur Fa. M. Heimann
Selenkestr. 18, bringt.
Höchste Tagespreise

Achtung!
Zahle
die höchsten Preise
für
Altmetalle, Eisen,
Schneider-Abfälle
usw.
Elfriede Finletz, Mehlgasse 6

Das Ausnahmegesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

Der Minister des Innern.
II O. 3113.

Berlin, 15. August 1923.

An
den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.
z. H. des Herrn Hermann Grothe,
Hier.
Falkensteinstr. 19.

Auf Grund des § 14 Absatz 2 in Verbindung des § 7 Zif. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (R.G.Bl. I S. 585) wird der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte zu Berlin nebst allen seinen Unterausschüssen, z. B. dem 15er-Ausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin, hiermit für das preußische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes bestraft.

Gegen dieses Verbot ist nach § 17 Abs. 3 a. a. O. innerhalb zweier Wochen seit der Zustellung die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

Gründe.

In den am 12. d. Mts. in Berlin abgehaltenen zahlreichen Versammlungen der Kommunistischen Partei Deutschlands ist in größeren Mengen das Flugblatt „Kampf auf der ganzen Linie", das von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und vom Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte unterzeichnet ist, unentgeltlich zur Verteilung gebracht worden. Auf der Rückseite dieses Flugblattes sind „Richtlinien des Reichsausschusses der Betriebsräte" zum Generalstreik abgedruckt, die das Datum vom 11. August 1923 tragen und die Unterschrift haben „Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte. I. A.: Hermann Grothe."

In Ziffer 4 dieser Richtlinien heißt es:

„Die proletarischen Abwehrformationen stehen in Alarmzustand ... Wo die Abwehrformationen nicht vorhanden sind, müssen sie sofort geschaffen werden. Aber nur in den Belegschaften."

Mit der Bezeichnung „Proletarische Abwehrformationen" sind ohne Zweifel

die Proletarischen Hundertschaften

gemeint; denn andere proletarische Abwehrformationen sind nicht vorhanden, können also auch nicht in Alarmbereitschaft stehen.

Die proletarischen Hundertschaften sind aber für Preußen durch meine Verfügung vom 12. Mai 1923 II O. 1636 (abgedruckt im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 110 vom 14. Mai) aufgelöst und verboten. In der Begründung zu jenem Verbot (Nr. 111 des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers vom 15. Mai) ist ausführlich dargetan, daß die Hundertschaften staatsfeindlichen Verbindungen im Sinne des § 129 R.Str.G.B. sind und die Bestrebung verfolgen, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Landes zu untergraben. An dem Wesen dieser Hundertschaften hat sich seit jenem Verbote nichts geändert.

Die oben erwähnte, in Ziffer 4 der „Richtlinien zum Generalstreik" [enth]altene Erklärung über die Alarmbereitschaft und die dort enthaltene Aufforderung zur Neubildung der jetzt als Abwehrformationen bezeichneten Hundertschaften zeigt klar, daß der „Reichsausschuß der Betriebsräte" bestimmenden Einfluß auf Bildung und Bestätigung der proletarischen Hundertschaften ausübt. Hierin liegt eine Teilnahme und Unterstützung jener verbotenen Organisation.

Darüber hinaus ist der Reichsausschuß deutscher Betriebsräte selbst eine Verbindung, zu deren Zwecken oder Betätigung gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften (§ 129 Str.G.B.) die zugleich die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben. Hierfür geben die vom Reichsausschuß herausgegebenen und verbreiteten allgemeinen „Richtlinien für die Gründung und die Tätigkeit der Kontrollausschüsse", die Broschüre „Nieder mit den Faszisten" sowie die Flugblätter „Kampf auf der ganzen Linie" (mit seinen unter Ziffer 1—9 angegebenen Zielen) und „Sammelt für den Kampffonds der Betriebsräte" einen nicht zu widerlegenden Beweis. In ihnen wird zur Bildung von proletarischen Kampforganisationen, „Hundertschaften" und von mit polizeilichen Befugnissen auszustattenden Kontrollausschüssen aufgefordert, mit dem Endzweck ‚die republikanische Staatsform zu zerschlagen und an ihre Stelle

die revolutionäre Arbeiterregierung und Rätediktatur zu errichten.

Gemäß § 14 Abs. 2 in Verbindung mit § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik rechtfertigt sich daher Auflösung und Verbot des Reichsausschusses.

Die gegen ihn in seiner Eigenschaft als Spitzenorganisation ergangene Maßnahme trifft ohne weiteres auch alle seine örtlichen Unterausschüsse, wie z. B. den sogenannten „15er-Ausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin".

gez.: Severing.

begl. Reithe, Ministerial-Kanzleisekretär.

Die Begründung des Verbots ist eitel Windbeutelei. Ein Taschenspielertrick stellt die proletarischen Abwehrformationen gegen den Faszismus den von Severing unterdrückten, weil angeblich bewaffneten, proletarischen Hundertschaften gleich. Aber der um Gründe nicht verlegene Severing wagt selbst nicht zu behaupten, daß diese Betriebsabwehrformationen Waffen hätten. „Die proletarischen Abwehrformationen stehen im Alarmzustand." Also sind für Severing die zum Kampf gegen den Faszismus gebildeten politischen Organisationen der Arbeiter staatsgefährlich. Gib mir einen Satz, denn werde ich den Briefschreiber schon hängen lassen! Nach diesem Rezept verfährt Severing.

Der Staatsgerichtshof selbst dieser Republik, der noch zu sprechen haben wird, müßte, wenn er das Gesetz zum Schutze der Republik nicht in ein Gesetz zum Schutze des bankerotten sozialdemokratischen Führerklüngels und der mit ihm verschwisterten Gewerkschaftsinstanzen verwandeln will, über die Gründe Severings zur Tagesordnung übergehen.

Severings Verbot des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte ist ein glattes Ausnahmegesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Er maßt sich an, die ungestüme Erhebung der Mehrheit des Volkes gegen Finanzbankrott, Not und Hunger mit Polizeischikanen maßregeln zu wollen.

Doch nicht Aufrufe und Richtlinien sind staatsgefährlich. Staatsgefährlich ist der Hunger der Massen.

Die Arbeiter, Beamten und Angestellten wollen Lohn und Brot. Sie wollen satt werden. Das Dokument des Preußischen Prokuristen der Großen Koalition dokumentiert ihnen öffentlich, daß Stresemann und Hilferding sie nicht satt machen können.

Statt Brot — Verbote: das ist die letzte Weisheit der letzten Reserve der Bourgeoisie gegen den Hunger.

Statt proletarischer Ordnung — Vertiefung des kapitalistischen Chaos: das bedeutet die Unterdrückung der Massenorganisationen der Arbeiter.

Doch Herr Severing mag es sich gesagt sein lassen: Es ist zu spät!

Die Arbeiterschaft muß ungesäumt dem Verbot Severings einen Massenprotest entgegenstellen.

Auf zum Protest!

Aus Breslau

Koalition oder Arbeiter- und Bauern-Regierung

Ueber dieses Thema sprach in einer öffentlichen Volksversammlung, die die KPD., Ortsgruppe Breslau am Freitag im Schießwerder einberufen hatte, Genosse König. Nach Aufrollung der politischen Situation zog er die Lehren aus den letzten Kämpfen. Die ungeheuerliche Mißwirtschaft der schwerkapitalistischen Cunoregierung hat das **Arbeiterelend** in Deutschland **zu einem Massensterben gesteigert.** Der Unwille, der bis aufs Blut von Deutschen und französischen Kapitalsvampyren gepeinigten Proleten, brachte Cuno zum Sturz. Die VSPD., mit deren Hilfe Cuno seine Sauwirtschaft betrieben hatte, wurde zu einem Mißtrauensvotum gegen Cuno gezwungen, obwohl sie sich lange sträubte. Jetzt hat die Bourgeoisie in der Großen Koalition Stresemann-Hilferding ihr **letztes Bollwerk gegen die wachsende revolutionäre Bewegung** aufgerichtet. Aber diese Regierung war schon fäulnisdurchsetzt, als sie zur Welt kam. Sie muß an derselben Bankerottwirtschaft wie Cuno sterben. Der Generalstreik, der vom Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte proklamiert wurde, war eine gewaltige Massenbewegung, die sich mit größter Wucht über ganz Deutschland ausbreitete. Er setzte sich meist durch gegen den heftigen Widerstand der VSPD.-Gewerkschaftsbonzen, die für eine ruhige Durchführung der Stinnespolitik sorgen müssen. Aus Rache haben die VSPD.-Bonzen in der Regierung den Reichsausschuß der Betriebsräte „verboten". Der Generalstreik hatte viele organisatorische Schwächen und führte nur teilweise zum Ziel. Viel mehr als bisher müssen die revolutionären Fraktionen und Zellen im Betrieb verankert werden, müssen die Kontrollausschüsse gegen den Wucher und die proletarischen Hundertschaften gebildet werden und an die Arbeit gehen. Die letzte Bewegung hat wieder vielen SPD.-Arbeitern die Augen geöffnet, die in Scharen der KPD. zuströmen. Die Große Koalition stößt auf heftigen Widerstand in den eigenen Reihen der SPD. In die Bankrottpolitik der großen Koalition wird so die VSPD. — die letzte Reserve der Bourgeoisie — naturgemäß mit hineingezogen. Dann bleibt nur die Arbeiter- und Bauernregierung übrig.

In der Diskussion, die sehr rege war, sprachen die meisten Redner — auch Parteilose — im Sinne des Referenten. Natürlich versuchten auch die Syndikalisten wieder ihre ausgeleierten Walzen abzuspielen. Sie haben entdeckt, daß die Revolution eine Organisationsfrage — Austritt aus den Gewerkschaften — ist.

In die syndikalistische Hohlschädel geht ein Begreifen der Eroberungstaktik der 3. Internationale einfach nicht hinein. Um ihre Weltfremdheit oder dumpfe und pessimistische Passivität zu verhüllen, schmieden sie scheinradikale Phrasen. Die Arbeiterschaft tut gut, den syndikalistischen Unsinn — mag er auch zu einem Teil ehrlicher Ueberzeugung entstammen — energisch abzulehnen.

Revolutionäre Samariter

Der Samariter war bisher nur bekannt als der zuspringende Wohltäter, der sich zur Aufgabe machte, Wunden zu heilen, statt diese zu schlagen. Er brachte nicht nur dem Freund, sondern auch dem Feind Hilfe. Bisher. Heute nicht mehr, denn die Zeiten sind andere geworden. Es sei erinnert an die Noskeperiode während der es kein Gesetz gab, das dem Samariter das Recht gab, den Verwundeten die erste Hilfe zu bringen. Wie Hunde wurden damals die Samariter während ihrer Hilfstätigkeit niedergestreckt. Wir erinnern uns genau, wie sich die Samariter neben dem Verwundeten im Blute wälzten, niedergestreckt von den Kugeln der Noskebanditen. Wir wissen uns noch zu erinnern, als während der mitteldeutschen Bewegung die Samariter bespien, geschlagen, erschlagen wurden, wie sie ins Gefängnis geworfen, als Hochverräter gekennzeichnet wurden, weil sie verwundete Angehörige der Arbeiterklasse nicht verröcheln ließen. Und uns ist nicht bekannt geworden, daß ein Entrüstungssturm das bürgerliche „Rote Kreuz" ob der Gemeinheiten erschütterte.

Die Vergangenheit gravierte all die Scheußlichkeiten der bürgerlichen Klasse viel zu tief in die Hirne der Proleten, als daß diese leicht zu vergessen wären. Mögen selbst eine große Anzahl sogenannter neutraler Arbeiter ihre Samaritertätigkeit in den bürgerlichen Organisationen entfalten, die revolutionäre Arbeiterschaft hat kein Vertrauen zu ihnen. Sie muß sie als Gegner betrachten, weil sie sich bis heute als Gegner zeigten.

Das Metall der Toten

Roman von Concha Espina

Copyright 1922, Verlag W. J. Mörlins, Berlin

85]

„Was meinst du amüsieren?"

„Das, was du vermutest!" bestätigt sie mit heißen, roten Wangen und bebender Stimme in herausforderndem Ton.

„Du weißt nicht" — erwidert Estevez mit großer Ruhe, — „daß die erste sinnliche Frau ein hermetisch verschlossenes Gefäß als Mitgift bekam; und daß, als sie es neugierig öffnete, alles Unglück über die Welt verstreut wurde."

„Ich habe nicht viel gelernt ..."

„Nur die Hoffnung," fährt der Lehrer liebevoll fort, „blieb auf dem Boden der Schale ..."

Immer unzugänglicher unterbricht ihn Casilda:

„Ich habe keine Hoffnung mehr!"

Die drei sind bei den Geschwistern Garcillan stehengeblieben, und Hortensia spricht voller Ungewißheit über die Heimkehr. Sie ist eine junge Frau von achtundzwanzig Jahren, groß und schlank, dunkel und reif. Stets hat sie ein Lächeln bereit, ihre Augen sind voll Leidenschaft, ihr Akzent ausgesprochen andalusisch.

„Ich will die Kinder von den Großeltern holen und dann dieses Täubchen mitnehmen, das so widerspenstig mitgeht."

„Ich gehe nicht mit!" knurrt die so Bezeichnete und geht widerwillig hinter der Gruppe her, die sich schon in Bewegung gesetzt hat.

Estevez und Jose Luis erbieten sich, die Frauen eine Strecke Weges zu begleiten, um unterwegs gleichzeitig den Sozialistenführer zu empfangen. Und Hortensia vertraut Rosario ihre Kümmernisse an:

„Ich bin sehr unglücklich," erzählt sie, „den ganzen Nachmittag sitzt Manolo im Kasino und trinkt mit diesem niederträchtigen Frauenzimmer."

„Ich kenne sie nicht."

„Ein fettes, feuerrotes, unanständiges Weib ... Sie bringen den ganzen Wochenlohn durch, und für mich bleiben nur Kummer und Schläge."

„Willst du dich nicht von ihm trennen?"

„Ja; aber das ist leichter gesagt, als getan ..."

„Sag', daß du ihn liebst ..."

„Ich kann nichts dagegen tun ..." Ihr Blick umwölkt sich, wie vom Schmerz der Liebe verdunkelt; aus ihren Worten flammt das ganze Feuer ihres Blutes. „Ich kann nicht von ihm loskommen," murmelt sie, „und was mich am meisten quält ist, daß ich ihn mit einer anderen überrascht habe ... Er wußte nicht, daß ich hier bin und ihm auf Schritt und Tritt folge; jetzt hat er mich aus der Dunkelheit des kleinen Cafes gesehen — und er schnitt ein Gesicht ...!"

„Denke nur jetzt an nichts, als an Casilda! Du weißt ja, daß ihr bei der Feier, fern von deiner Mutter, Gefahr droht."

„Armes Mütterchen! Sie lebt von der Welt abgeschlossen, ganz wie eine Heilige, und ist unschuldig wie ein Kind ... Santiago hat mir von dem Kummer meiner Schwester erzählt, und ich bin ganz außer mir."

„Wir müssen sie mitnehmen."

Sie traten in den Vorraum, der von Rosmarinessenz erfüllt war und scharf und kräftig duftete, wie nach Zitronen. Joaquin saß auf dem Reisighaufen und hielt Nena auf den Knien, die ihn entzückte und fesselte. Er besaß kein Brüderchen, das so klein war wie dieses Wesen, und um des seltenen Vergnügens willen, sie warten zu dürfen, hatte er auf das Fest verzichtet. Er legte den Finger auf die Lippen, um ihnen Schweigen zu gebieten:

„Pst, sie ist eben wieder im Einschlafen!"

Hinter den Kindern erhebt, plump und schreiend bunt bemalt, in unendlicher Ergebung das Kreuz seine Arme ...

Während die Frauen sich um Casildas Uebersiedlung bemühen, nähert Jose Luis sich Gabriel, um mit ihm zu sprechen.

„Erklären sie mir nichts," rät er ihm voll Güte, „ich will ihnen nur sagen, daß sie hier kein Unterkommen finden; ich möchte ihnen in Nerva eine Wohnung anbieten."

„Wo?"

„Sie könnten von den drei Zimmern, die das Syndikat uns abtritt, eines wählen."

Der Bergmann erschöpft sich in Entschuldigungen und Dankesbezeugungen. Er hat weder Hausgerät noch Ersparnisse, um das neue Heim einzurichten. Aber er ist ruhig und voll Zuversicht angesichts des edlen Beistandes, den man ihm bietet. Und Santiago redet ihm eifrig zu:

„Du bist Seemann, und dennoch vergißt du, daß Gott den fahrenden Segeln den Wind schickt ..."

Rosario nähert sich dem Bett, in dem, von Erschöpfung und Glück noch immer entkräftet, Aurora liegt. Die beiden jungen Frauen mustern einander erstaunt, beide mit dem Gedanken, daß sie sich schon einmal gesehen haben müssen. Sie erkennen einander an der Glut in ihren Augen, an der leisen Melancholie der Stimmen; und als sie sich einen Augenblick später trennen, wissen sie, daß zwischen ihren beiden Herzen ein geheimnisvolles Bündnis besteht ...

Seit wann ...?

Das eben ist es, woran sie sich nicht erinnern können ...

Man muß zur Stadt hinunter, bevor die Nacht einbricht, und Hortensia, die noch immer ihre Schwester belagert, erbleicht plötzlich mit verzerrtem Gesicht. Ein Mann, der geduckt im Torweg steht, packt sie und schreit sie an:

„Wer heißt dich, mir zu folgen? ... Was hast du bei den feinen Leuten und in diesem Spitzbubenhause zu suchen?"

„Manolo, hab' Erbarmen!"

Ihr Flehen entflammt den Zorn des Heizers erst recht. Marta, die nicht hört und kaum sieht, geht mit ausgestreckten Händen und immerzu lächelnd vorbei. Joaquin weint still in schauderndem Schrecken, und Manolo Fanjul zieht aus der Tasche ein scharfes Dolchmesser, das er über seiner wehrlosen Frau schwingt.

Aber ein anderer Mann eilt herbei und fällt ihm in den Arm:

„Feiger Hund, du!"

Pedro Abril, der sich offenbar ganz in der Nähe aufhielt, bemüht sich, den Dolch aufzufangen, und die Drohung, die vielleicht nur die elende Prahlerei eines Raufboldes war, wird zu einem leichten, flachen Stich, der Hortensia am Arm verletzt.

Die Flüche und Klagen rufen die drei Freunde herbei, die im Dunkel der Küche miteinander sprachen. Der Angreifer war bereits entwaffnet und von Pedros Kraft bezwungen. Bald kommen die Gendarmen und die Wachen vom Feste; die Leute laufen im Hause und in der Nachbarschaft zusammen; die Kinder flüchten furchtsam in Auroras Zimmer, und das zu Boden geworfene Kreuz verheißt von dort aus seine barmherzige Umarmung.

4.

Das erloschene Gestirn.

Die Erde wird dunkel: sie ist ein Stern, der in der Nacht erlischt, bis der Tag ihn neu wieder entzündet.

Am sommerlichen Himmel, der fortwährend von den blauen Schlangen der Blitze gebissen wird, brechen allmählich die Sterne durch und lassen mit ihrem Glanz die erhabene Finsternis noch tiefer erscheinen; und als das reine Licht der Sonne erloschen ist, brennen am Monte Sorromero unruhige Fackeln, die durch die Furchen der Felsen blitzen und wieder verschwinden.

Eine mondlose Nacht. Die zitternden Laternen ziehen in der Richtung nach der Schenke, wo der Tanz bald beginnen wird; besorgtes Gemurmel begleitet sie, denn zu der fieberhaften Lustigkeit des Festes gesellen sich Gerüchte über den eben erlebten Auftritt und über die Möglichkeit eines allgemeinen Streiks.

Echaz ist angekommen, um mit seinen Freunden die Parteibeschlüsse zu beraten, aber sie können nun in Vicente Rubios Häuschen nicht mehr zusammenkommen, weil dort neue Verwirrung ausgebrochen ist. Hortensia, die verwundet darniederliegt, will sich nicht darein fügen, daß ihr Mann festgenommen wird. Von Fieber und Leidenschaft glühend, redet sie irre und wimmert:

„Mir fehlt nichts! Sie sollen Manolo freilassen!"

(Fortsetzung folgt.)

Deshalb wird sich ein im Kampf verletzter Prolelar entweder nur mit sehr gemischten Gefühlen oder gar nicht von einem Samariter der bürgerlichen Klasse behandeln lassen. Er hat nur Vertrauen zu seinen Genossen, denen ein Tropfen Arbeiterblut schwerer wiegt als die ganze bürgerliche Gesellschaft. Er weiß, daß seine Genossen als Samariter mehr leisten, denn diese sind beseelt von der gleichen Idee, die ihn in den Kampf zwang. Der revolutionäre Samariter ist mit dem Leben des kämpfenden Arbeiters verbunden. Seine Losung heißt:

„**Das Leben meiner Brüder ist das meine, ist das Leben der Revolution. Ich lebe für die Revolution und bin bereit, für den Sozialismus alles, selbst mein Leben zu wagen!**"

In gutdisziplinierten Gruppen haben sich die wohlausgebildeten ehemaligen Sanitäter zusammengefunden, teilen den sich interessierenden Genossen ihre reichen Erfahrungen während des Krieges mit, bilden d i e s e aus und stellen eine feste Organisation vor. Revolutionär gesinnte Aerzte geben dieser Gruppe Schliff und sind bereit zu führen und zu leiten.

So sammeln sich die revolutionären Samariter zu Kolonnen im Glauben **an** das Gelingen der Revolution. Sie stehen bereit als geschulte Hilfstruppe und sind beseelt vom Gedanken des Sozialismus. Sie werden die Wunden schließen, die den Kämpfern geschlagen werden; ihr Ruf wird den Kampfgeist der Revolutionäre steigern:

„Auf die Barrikaden, Proleten,
die roten Samariter sind da!

Goldmarkwährung

Wenn die Arbeiter Goldmarklöhne fordern, schreit die ganze bürgerliche Meute über unerfüllbare Forderungen, welche „unsere Wirtschaft zu Grunde" richten müssen.

Wenn aber Angehörige des Bürgertums Goldmarkpreise oder Gebühren fordern, so schweigt die bürgerliche Presse.

Im Inseratenteil der Breslauer Presse finden wir folgende Bekanntmachung:

Der Verein der Breslauer Landgerichtsanwälte hat mit sofortiger Wirkung beschlossen:

1. **Die Mindestgebühr** für jede mit Beratung verbundene Tätigkeit **eine Goldmark.**
2. **Die Mindestgebühr** für jede streitige Prozeßsache beträgt **drei Goldmark.**
3. Bei allen Angelegenheiten, in denen Vereinbarung des **Honorars** üblich ist, insbesondere bei Straf- und Privatklage-, Miets-, Ehe- und Verwaltungssachen ist diese Vereinbarung auf Goldmarkgrundlage zu treffen.

   Ausnahmen zu 1—3 sind nur bei nachgewiesener Bedürftigkeit **gestattet.**
4. Die Gebühren sind **vorschußweise** zu entrichten.

Wir können den Anwälten, deren soziale Lage durch Geldentwertung, verringerte Praxis sich außerordentlich ungünstig gestaltet hat, ganz gewiß erhöhte Einnahmen. Wir wollen heute auch nicht untersuchen, welche Folgen dieser Beschluß für die sogenannte Rechtspflege haben wird. Denn die Papiermarkempfänger müssen darauf verzichten Rechtsansprüche geltend zu machen, wenn sie für oft geringe Objekte Goldmarkgebühren zahlen sollen.

Wir richten nur an die Arbeiter den Apell: Nehmt euch an der einmütigen Entschlossenheit und Tatkraft der Anwälte ein Beispiel. Die Rechtshüter setzen sich über ein Schock veralteter, verstaubter Gebührenordnungen etc. hinweg und beschließen ohne alle Instanzen kurz und bündig: **Goldwertgebühren mit sofortiger Wirkung.**

Wann werden die Breslauer Arbeiter sich zu solchen „statutenwidrigen" Beschlüssen aufraffen?

Ein Vierpfundbrot 130 400 Mark

Der Magistrat hat die Höchstpreise für Brot und Mehl erneut festgesetzt. Der Höchstpreis für ein Pfd. Roggenmehl wird auf 22 000 Mk., für ein Pfund Weizenmehl auf 23 000 Mk., für ein Pfund Roggenbrot auf 32 600 Mk., für eine Semmel von 100 Gramm auf 8500 Mark festgesetzt.

Trotzdem das Brot schon zu diesem Preise für weite Teile der notleidenden Bevölkerung unerschwinglich sein wird, ist noch kein Ende dieses von Woche zu Woche steigenden Brotwuchers abzusehen. Der Preis für ein Brot soll in den nächsten Wochen auf eine halbe Million kommen. Wer trägt die Schuld? Selbst der Oberbürgermeister mußte in der letzten Stadtverordnetensitzung zugeben, daß uns **das** Brot durch parasitäre Zwischenhändler verteuert wird, und die Z a h l der Getreidehändler sich in den letzten Jahren v e r z e h n f a c h t hat. Großagrarier und Getreidehändler sind es, die dem schaffenden Volke das Brot bis zur Unerschwinglichkeit verteuern.

In Breslau gibt es einen Milliardär, der vor einigen Jahren sich noch mühsam als Zigarettenreisender durchgeschlagen hat. Der Mann „warf sich auf den Getreidehandel", ist heut einer der reichsten Leute in Schlesien und — **Wohltäter!** Er hat der Stadt eine Milliarde für die Volksküchen gestiftet.

Wenn das Markenbrot eine Million kosten wird und tausende dem Inder nicht angeschlossener Personen dem Hungertode nahe sein werden, dann wird der „edle Wohltäter" sicher in der Lage sein, den Betrag für die Volksküchen zu verzehnfachen.

Wo bleibt die Kohle für die Erwerbslosen?

Ein Arbeitsloser schreibt uns:

Wir Erwerbslosen, die nicht in der glücklichen Lage sind Gasanlage in der Wohnung zu besitzen, warten nun schon den 2. Monat auf Zuweisung von Kohle. Wovon sollen wir Essen kochen, die Kleinkinder (Säuglinge) baden? Der angebliche Kohlenmangel ist nicht stichhaltig; denn wenn die Schulen mit Kohle versorgt werden; dann hat es doch Kohle da. Oder sind auf der Rosenstraße am Mittwoch etwa „Steine" eingekellert worden? Es geht nicht an, daß einerseits aufgespeichert wird, andererseits, wir wegen Holzdiebstahl eingesperrt werden. Wir fordern, daß wir voll beliefert werden und nicht ½ Zentner pro Marke zurückbehalten wird.

Montag, den 20. August, abends, im Parteibüro zahlreich der oppositionellen Bauarbeiter. Es ist Pflicht aller Kollegen pünktlich zu erscheinen.

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Aus der Provinz

„Bergwacht"schwindel

Die „Bergwacht" druckt aus ihrem Magdeburger Schwesterlügenblatt faustdicke Lügen über die Vorgänge in Z e i t z ab. Angeblich soll dort der Janhagel, „welcher der kommunistischen Partei an den Rockschößen hängt" Bergarbeiterführer, darunter auch Kommunisten, jämmerlich verprügelt haben. An dieser Darstellung ist natürlich kein wahres Wort und das Magdeburger Blatt hat seine Nachrichten aus der bürgerlichen Presseajuche geschöpft.

Wer **das** Blutbad in Zeitz hervor gerufen hat, haben wir unseren Lesern in Nr. 189 gezeigt. **Es** war der durch seinen Blutdurst auch in Schlesien berüchtigte H ö r s i n g, (einst Staatskommissar in Schlesien) der in Gemeinschaft mit seinem Parteigenossen Bergmann durch die Schupo ein Blutbad unter den Arbeitern anrichten ließ. Hörsing ließ die gesamte Streikleitung und die zum Schutz der Felder aufgestellten Wachen verhaften.

Wenn Ausschreitungen nach dieser ungeheuren Provokation der Bevölkerung durch Hörsing, Schupo und später auch durch die Stahlhelmhalunken vorgekommen sind, so ist sich die gesamte Arbeiterschaft darüber im Klaren, w e r hierfür die Verantwortung trägt.

Wo H ö r s i n g und N o s k e, die Bluthunde der Revolution, herrschen fließt Arbeiterblut in Strömen. Noske hat sich ja selbst einmal als den Bluthund der Revolution bezeichnet. Und Hörsing dessen Ehrhardtkreaturen hunderte oberschlesische Bergarbeiter mit Knüppeln bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und niedergemetzelt haben, ist dem schlesischen Proletariat noch so sehr in Erinnerung, daß er es heute noch nicht wagen darf, sich in seiner oberschlesischen Heimat sehen zu lassen. Ein sozialdemokratischer Ingenieur und Parteigenosse dieses Ehrenmannes erklärte einst wörtlich: „Hörsing ist kein **Mensch**, sondern ein **Vieh.**"

Wäre die „Bergwacht" noch ein der Wahrheit dienendes Arbeiterorgan, so müßte sie in allererster Linie die Bluttaten ihrer auf den Schultern der Arbeiter in die Regierungssessel gekletterten Parteigenossen in Zeitz brandmarken, und nicht den „Bonzenhaß" für Ausschreitungen verantwortlich machen.

Wie plump die „Bergwacht" und andere sozialdemokratische Provinzblätter lügen, beweist die Schwindelmeldung über die Ausrufung der Räterepublik in Zeitz.

Die sozialdemokratische PPN.-Korrespondenz, welche diese Nachricht in die Welt posaunt hat, war genötigt dieselbe zu dementieren.

Wird die „Bergwacht" den Mut aufbringen, dies ihren Lesern mitzuteilen?

Sie lügen wie die Teufel

und schwindeln aus Prinzip, nämlich die sozialdemokratischen Provinzblätter. Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" als einziges Organ der KPD kann nicht auf a l l e Lügen die ein halbes Dutzend schlesischer VSPD.-Dreckschleuder gegen uns verspritzen eingehen. Wir müssen uns bei unserem bedrückten Raum leider darauf beschränken, den am lautesten bellenden großen Kötern das Maul zu stopfen.

Während die „Bergwacht" ihren Lesern täglich Generalstreikschauermärchen auftischt, beflei߬tigt sich das „Volksblatt" in Hindenburg, die Lügen der „Leipz. Volksztg." über eine Rede des Genossen Remmele in Stuttgart, nachzudrucken. Das „Volksblatt" glaubt weil Stuttgart recht weit von Oberschlesien entfernt ist, folgenden Schwindel seinen Lesern vorsetzen zu dürfen.

Remmele soll nach dem „Volksblatt" gesagt haben, daß die Kommunisten mit den Mördern Liebknechts und Rosa Luxemburgs zusammengehen wollen.

Von einem führenden Leipziger Parteigenossen, der der Stuttgarter Versammlung beigewohnt hat, wird der Ausspruch Remmeles wahrheitsgemäß wie folgt geschildert:

Remmele erklärte sinngemäß, daß, da auch die nationalsozialistische Partei auf ihre Fahne geschrieben hat, dem Elend der Arbeiterklasse steuern zu wollen, es sehr wohl möglich sei, daß die Kommunistische Partei auf dem Wege zu diesem Ziele Teilstrecken mit der nationalsozialistischen Partei zurücklegen könne. Gewissermaßen als Beweis dafür, daß die KPD. jeden Kampfgenossen willkommen heißt, der auch nur ein Stück mit ihr gemeinsam geht, führte Remmele aus:

„Sogar mit Leuten, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir zusammen gehen, wenn sie in unsere Reihen treten wollen. **Wir bieten täglich der Sozialdemokratischen Partei in Gemeinden, Ländern und im Reiche die Hand zur Einheitsfront, oft nur um die von ihr selbst aufgestellten Forderungen durchzusetzen, trotzdem sich in ihren Reihen noch die Scheidemann und Noske befinden, die Liebknecht und Luxemburg ermordet haben.**"

Den von uns fettgedruckten Satz unterschlägt das „Volksblatt", um damit den Anschein zu erwecken, als ob die Kommunistische Partei bereit sei, mit den direkten Mördern ihrer beiden Führer, den Vogel, Krull und Runge, zusammenzuarbeiten.

Die Arbeiterschaft mag aus diesem neuen Beispiel ersehen, wie krampfhaft das „Volksblatt" bemüht ist, das Ansehen der VSPD. das bei der Arbeiterschaft immer mehr schwindet, dadurch zu reparieren daß sie die KPD. verleumdet.

An unsere Kolporteure

Um Irrtümer zu vermeiden, geben wir in Nachstehendem noch einmal die Abonnementspreise für die letzten Wochen bekannt.

32. Woche 6. — 12. 8., **22000** Mark
33. Woche 13. — 19. 8., **70000** Mark
34. Woche 20. — 26. 8., **170000** Mark

Diese Wochenbeträge sind unter allen Umständen bis Mittwoch, 22. August, restlos an uns einzusenden

Die Kolporteure sind gezwungen, denjenigen Lesern die Zeitung zu sperren, die sich weigern, die Beträge im voraus zu zahlen oder ihnen beim Kassieren Schwierigkeiten machen.

Verlag und Expedition.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau

---

Versammlungs-Kalender.

jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 2000 Mark.

KPD — **Bezirksleitung:** Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 8637. Rinkefe: [illegible] Delßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Alle Literaturobmänner der Ortsgruppen müssen in jeder Versammlung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten. Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unverzüglich in der nächsten Mitgliederversammlung. Die genaue Adresse ist sofort der Produktiv-Genossenschaft Abt. Buchhandlung, Breslau, Nikolaistr. 49-50, mitzuteilen. Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält.

Breslau. Dienstag, den 21. August, nachmittags 6 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49-50, Sitzung der Ortsleitung.

Samariter. Mittwoch, 22. August, abds. 7,30 Uhr, beginnt der neue Kursus, als Fortsetzung des ersten. Jeder Samariter hat bestimmt zu erscheinen, andere Veranstaltungen sind kein Entschuldigungsgrund. Lokal: Versammlungsraum, Nikolaistr. 49-50. Mitgliedsbuch der KPD. ist Ausweis.

Donnerstag, den 23. August, abds. 7 Uhr, im großen Saal der [illegible], wichtige Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch mitbringen. [illegible] Distrikt 10-11. [illegible] erscheinen eine Stunde früher.

— **Distrikt 1.** Sonnabend, den 25. August, abends 7,30 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49-50, wichtige Distriktsversammlung. Referent anwesend.

— **Distrikt 2-4.** Freitag, den 24. August, abends 7,30 Uhr, bei [illegible], [illegible] 29, wichtige Distriktsversammlung. Referent anwesend.

— **Distrikt 3.** Dienstag, den 21. August, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistr. 49-50, wichtige Distriktsversammlung. Alle Genossen u. Genossinnen müssen pünktlich erscheinen.

Gleiwitz. Donnerstag, den 23. August, findet im Hüttengasthaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Jeder Genosse ist verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

KJD — **Bezirksleitung:** [illegible], Breslau, Nikolaistraße 49-50. Postscheck-Konto: Breslau 67596 Max Glöser.

Breslau. Heim Trotzki. Mittwoch, den 22. 8., abends 7 Uhr, im Schulhaus, [illegible]. Mitgliederversammlung. Alles muß unbedingt erscheinen. Donnerstag, den 23. 8., abends 7 Uhr Schulhaus [illegible]. Unterhaltungsabend.

— **Heim Lenin.** Die Genossen beteiligen sich mit an den Veranstaltungen bei Heim Trotzki.

Heim Liebknecht-Luxemburg. Mittwoch, den 22. 8., abends 7,30 Uhr, im Schulhaus [illegible] Straße Heimabend.

KKG — **Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung:** Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Breslau. Gruppe Nikolaitor. Dienstag, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, Nikolaistraße 49-50, Märchennachmittag.

Gewerkschaften

Breslau. Richtung Steinarbeiter. Dienstag, 21. August, abends 7,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, Versammlung. Tagesordnung: Neuregelung unserer Löhne. Referent: Gauleiter Kollege [illegible]. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringende Pflicht.

[illegible]. Mittwoch, den 22. August, nachmittags 4,30 Uhr, im Eisernen Kreuz, Sitzung sämtlicher kommunistischen Bergarbeiter von [illegible]. Tagesordnung höchst wichtig. Als Ausweis Verbands- und Parteibuch vorzeigen. Strenge Türkontrolle. Jeder kommunistische Bergarbeiter muß erscheinen.

Andere Organisationen

Breslau. Arbeit.-Abstinent.-Bund. Montag, 20. August, pünktlich abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, insbesondere auch der Funktionäre, zu erscheinen, da sonst ein erfolgreiches Arbeiten aussichtslos ist.

Einen neuen Leser, Genosse!

Leinen- und Baumwollwaren
Benno Ascher
Breslau
Fried.-Wilhelm-Str. 3

Damen-Kleider
auf Wunsch Zahlungs-Erleichterg.
Lohestraße 15.

Getragene
Anzüge
Wäsche
kauft Stampe, Schmiedebrücke 19

Aelt. bess. Herr
sucht
passenden Anschluß
Offerten unter **Z. 8.** Exped. dieser Zeitung.

Beachtet unsere Inserenten!

Raucht
Waxani Spezialität
aus reinem orientalischem Tabak
Tabak- u. Zigarettenfabrik „Waxani"
Breslau, Berliner Straße 26
Tel. Ohle 9553.

Adolf Kreutzberger
Ring Nr. 10 Waldenburg Ecke Gottesberger Straße
empfiehlt
nach vollendeter Renovation
Herren- und Knabenbekleidung
Herrenartikel

Karl Kionka
Leder-Handlung
Matthiasstrasse 80
Spezialität:
Gummisohlen, Gummiabsätze.

Gebrauchte
Herr.-Garderobe
Militärsachen kauft
M. Tobias,
Altbüßerstraße 40.

Prismengläser
Feldgr. Gläser 08
Mauser 7,63
k. zu höchst. Preisen
Nolda
Altbüßerstraße Nr. 20.

Gebr. Barasch Nachf. – Gleiwitz
Warenhaus für sämtliche Bedarfs-Artikel